Nr. 261 Dienstag, 8. November 1921 28. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelzeile 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die große Koalition in Preußen.

Wie der Umfall der SPD. begründet wird.

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts schreibt zu der durch die große Koalitionsbildung in Preußen geschaffenen Situation, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, **die Stellung Wirths zu schwächen.** Ob die Deutsche Volkspartei für die Regierung im Reich in Frage komme, hänge von ihrer **Haltung in der Steuerfrage ab.** Die Tatsache, daß die Aktion der Hintertreibung der Kredithilfe auch unter der Führung der Volkspartei stehe, wirke allerdings wenig ermutigend.

Eine **außerordentliche Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes** der SPD. beschäftigte sich ebenfalls mit der Regierungsumbildung in Preußen. Sie nahm nach längerer Debatte folgenden Beschluß an:

„Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der **Deutschen Volkspartei im Reich** die Bildung einer Regierungskoalition mit ihr in Preußen die **schwersten politischen Bedenken** erregen muß. Diese Bedenken werden noch verstärkt **durch die Besetzung des Kultusministeriums mit dem Volksparteiler Boelitz,** der sich durch sein früheres öffentliches Auftreten als wenig geeignet zur Führung einer **republikanisch-demokratischen Politik** erwiesen hat. Der Bezirksvorstand würdigt jedoch auch die Gründe, die die Mehrheit der Fraktion veranlaßte, dieser Koalition zuzustimmen. **Es ist zur Sicherung der Republik** und der **demokratischen Volksrechte unbedingt erforderlich,** die preußische Verwaltung so schnell wie möglich einer Regierung zu unterstellen, die unter **starkem sozialdemokratischem** Einfluß steht. Voraussetzung hierfür ist, daß die **Mindestforderungen des Görlitzer Beschlusses** über die Koalitionspolitik der Partei, soweit sie auf Preußen zutreffen, **in die Richtlinien des Programms der neuen Regierung aufgenommen und sofort an ihre Durchführung gegangen wird.** Der Bezirksvorstand fordert die Parteigenossen daher auf, ihre schweren Bedenken **zurückzustellen** und einmütig die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Durchführung dieser Politik zu unterstützen."

Die „lästigen Ausländer".

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am 21. Oktober hat der zurückgetretene preußische Innenminister Dominicus einen Erlaß herausgegeben, in dem er die Möglichkeiten der Ausweisung von „lästigen Ausländern" verschärft. Der Erlaß richtet sich gegen solche Ausländer, die ihren Inlandsaufenthalt zu **Valutaspekulationen, Vermögensschiebungen, Hausaufkäufen** und **ähnlichen Geschäften** benutzen, aber auch gegen **politische Agitation.** Außerordentlich bedenklich ist, wie die P. P. N. erfahren, die Auslegung des **Begriffes der Lästigkeit,** die Dominicus im Falle politischer Handlungen von Ausländern gibt. Der Vorwärts sagt, daß der neue preußische Innenminister Severing diesen Teil des Erlasses seines Vorgängers einer gründlichen Revision unterziehen müsse.

Winnig im Bunde mit Kapp?

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die beiden ehemaligen Kommunistenführer Laufenberg und Wolffheim, die dann zum Nationalbolschewismus übergegangen sind, haben in ihrer Zeitschrift: Der Volkswart einiges über die **Entstehung der Baltikumhorden** mitgeteilt und ebenfalls über **Verschwörungen,** an denen außer Kapp und Ludendorff auch Winnig teilgenommen haben soll. Winnig soll anläßlich einer Sitzung Weihnachten 1919, in der ein Putsch vorbereitet worden sei, die Worte gesprochen haben: **„Für die organisierte Arbeiterschaft bürge ich vollkommen."** Zu dieser Behauptung wird Winnig öffentlich Stellung nehmen müssen.

Der Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 8. November. (TU.) Zum Präsidenten für die **deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen** ist der schweizerische Bundesrat Ador ausersehen. Die Konferenz dürfte in **ungefähr vierzehn Tagen in Genf beginnen.**

Die „Rechtsverwahrung".

Berlin, 8. November. (TU.) Im Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats erklärte der Reichskanzler in der Aussprache über die **oberschlesische Frage,** daß durch die **Antwort der Botschafterkonferenz** die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschaffen wird. Die **Rechtsverwahrung** werde nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird, **sie bleibe vor der Geschichte für alle Welt bestehen.**

Revolutionsfeier in Oesterreich.

Wien, 7. November. (T.-U.) Der **Vorstand der Deutsch-Oesterreichischen Sozialdemokratie** fordert in einem **Aufruf** die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, am 12. November, dem Jahrestage der Republik, für deren Fortbestand **zu demonstrieren.** Es heißt in dem Aufrufe: „Es gilt, die Wiederkehr des Tages zu feiern, an dem **das deutsch-österreichische Volk das bluttriefende Geschlecht der Habsburger verjagte, die Republik aufrichtete und sich den Anschluß an Deutschland zum Ziele setzte.** Wenn heute der **Putschversuch Karls von Habsburg** kläglich gescheitert sei, müssen doch immer noch die tapferen Wehrmänner die Grenzen des Burgenlandes **gegen die Banden Horthys schützen.** Die Entwertung des Geldes und die Teuerung bedrohe die wirtschaftlichen Grundlagen der Republik. **Die Reaktionäre lauern auf die drohende wirtschaftliche Katastrophe,** als willkommene Gelegenheit, gegen die Republik den Todesstreich zu führen. Die bürgerliche Regierung wendet gefährliche und unzulängliche Maßnahmen an. Nur die Finanzpläne der Sozialdemokratie bedeuten den Weg zur Rettung. Für sie gilt die Demonstration."

Der 9. November in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Da die Erhebung des 9. November zum gesetzlichen Feiertag durch den Landtag nicht rechtzeitig beschlossen worden ist (die Regierungsvorlage ging an den Rechtsausschuß), hat sich die Regierung eine Bestimmung der Gewerbeordnung zunutze gemacht und bestimmt, daß der **9. November als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.**

•

Erfurt, 8. November. (T.-U.) Im **thüringischen Landtage** protestierten am Montag alle **bürgerlichen Parteien** gegen die angeordneten Notgesetze. Es wurde betont, daß man dieser Verstöße wegen den **Staatsgerichtshof anrufen** werde. Die Regierung erklärte, daß sie durch Notgesetz auch den Bußtag abschaffen werde und daß man, nachdem die Linke in Thüringen zur Macht gelangt sei, in Thüringen auch die Feste zu feiern habe, die von der Linken bestimmt werden.

Briands Antwort an Rußland.

Paris, 7. November. Der Sonderberichterstatter von Havas berichtet von Bord der Lafayette, Ministerpräsident Briand habe dem Quai d'Orsay die **Antwort auf die Note der russischen Regierung** übermittelt. Der Sonderberichterstatter glaubt, daß die französische Regierung in ihrer Note von der Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierungen Kenntnis nimmt, aber **Garantien verlangen wird,** sowie Sicherheiten dafür, daß die gegenwärtigen Führer Rußlands die internationalen Gebräuche der Zivilisation anerkennen. Nur wenn diese Bedingung erfüllt wird, wird die französische Regierung die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland in Betracht ziehen können.

Kundgebungen für die Abrüstung.

Berlin, 7. November. (DA.) Anläßlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz der Staatsmänner in Washington (12. November) und der des Internationalen Gewerkschaftsbundes (15. November) veranstaltet der Aktionsausschuß Nie wieder Krieg am Sonntag, dem 13. November, im Berliner Zirkus Busch eine **große Kundgebung** unter dem Titel: **Weltabrüstung!** Diese Aktion steht in engstem Zusammenhang mit der Abrüstungspropaganda, die die Friedensfreunde aller Länder in dieser Woche einleiten. — In Deutschland finden Kundgebungen größeren Stiles auch in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München statt. In der Berliner Versammlung sollen namhafte Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, der beiden sozialistischen Parteien und der deutschen Friedens- und Völkerbundsorganisationen referieren.

Das tschechisch-polnische Abkommen.

Prag, 7. November. Bei einem vom Ministerpräsidenten Dr. Benesch zu Ehren des polnischen Ministers des Aeußern Skirmunt gegebenen Festmahle erklärte Dr. Benesch, er habe nach Abschluß des Handelsvertrages **ein Abkommen unterzeichnet, das der Tschechoslowakei und Polen eine gemeinsame Linie für die künftige Politik verschaffe,** das diese beiden Länder definitiv einander näherbringe und dafür Bürgschaft gebe, daß es **zwischen ihnen zu keinem Konflikt mehr kommen würde.** Das gegen niemand gerichtete Abkommen solle auch einen Beweis des aufrichtigen Zusammenarbeitens Polens und der Tschechoslowakei in der Durchführung der Friedensverträge geben. Minister Skirmunt erwiderte in gleichem Sinne.

Eine Milliarde Dollar Besatzungskosten.

Paris, 5. November. Chicago Tribune teilt mit, daß die Pariser Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten die Kosten für den Unterhalt der vier Besatzungsarmeen seit dem Waffenstillstand auf eine Milliarde Dollar geschätzt habe

Ein Mörder Erzbergers verhaftet und wieder entflohen?

Wien, 7. November. (DA.) In **Marbach an der Donau** wurde heute von der Gendarmerie ein Mann verhaftet, auf den das **Signalement des Kurt Tillessen** paßt, der bekanntlich als einer der Mörder Erzbergers gilt. Die Gendarmerie nahm ihn fest, doch gelang es ihm, auf der Fahrt **aus dem fahrenden Zuge zu springen und zu entkommen.** Bisher blieben alle Erhebungen nach dem Entflohenen ergebnislos.

Die Internationale auf dem französischen Sozialistenkongreß.

Von Georg Ledebour.

In Paris tagte vom 29. Oktober bis zum 1. November der Jahreskongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs, zu dessen Begrüßung ich von dem Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands delegiert war. Schon in den Begrüßungsansprachen wie im Verlauf der Verhandlungen selbst wurden internationale Fragen von großer Wichtigkeit erörtert. Die sehr abgekürzte Berichterstattung in der deutschen Presse hat bedauerliche Mißverständnisse erzeugt. Eine völlige Verdrehung dessen, was ich über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gesagt habe, hat obendrein der nationalistischen Presse in Deutschland den Anlaß zu unerhörten Beschimpfungen und Verleumdungen meiner Person und unsrer Partei gegeben. Das alles macht eine eingehendere Darstellung dieses für die gesamte Internationale wichtigsten Teiles der Pariser Verhandlungen nötig.

Auf den Sonntagnachmittag waren die Begrüßungsansprachen der auswärtigen Delegierten angesetzt. Sie wurden eröffnet durch den Genossen Huggler aus der Schweiz, dessen Standpunkt sich in allen wesentlichen Punkten mit der USPD. deckt. Nach dem Spanier Santiago, dem Schweden Engberg, dem Georgier Tseretelli erhielt dann als Vertreter der englischen Arbeiterpartei der Genosse Tom Shaw das Wort, der gleichfalls wie alle übrigen fremden Delegierten französisch sprach. Er brachte wiederum die Gedanken zum Vortrag, die er und seine Freunde uns gegenüber zwei Wochen vorher in London entwickelt hatten, wo wir als Vertreter des Zentralkomitees der Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien zu einer Konferenz mit der Labour Party erschienen waren. Der abschließende Briefwechsel darüber, der in der deutschen Parteipresse veröffentlicht wurde, hat unsre eigne Stellung zur Frage der internationalen Einigung hinreichend klargemacht. Unbekümmert darum, betonte Shaw, die internationale Einigung könne und müsse erzielt werden, wenn die der sogenannten 2. Internationale angeschlossenen Parteien mit denen der Wiener Arbeitsgemeinschaft (J. A. S. P.) zur Neubegründung einer umfassenden Internationale zusammentreten würden. Dieser Gedanke fand dann auch weiter Unterstützung bei dem Belgier De Brouckère und dem Holländer Van Kol, deren Parteien gleichfalls der 2. Internationale angeschlossen sind.

Als letzter ausländischer Delegierter erhielt ich selbst das Wort. Ich wies zur Förderung des Verständnisses für unsre eigne Parteibewegung auf die Tatsache hin, daß die USPD. dem Kampf gegen Militarismus und Imperialismus während des Krieges ihren Ursprung verdankt und Hauptträgerin der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland war und heute noch ist. Wir hätten zwar eine Republik in Deutschland, ihr hafteten noch heute die Schlacken monarchistischer und militaristischer Einrichtungen an. Gegen die sich darauf stützenden reaktionären Tendenzen hätten wir einen schweren Kampf zu führen. Die **französischen Genossen** könnten uns in diesem Kampfe unterstützen, wenn sie den **Imperialismus und Militarismus in Frankreich selbst bekämpften.** Denn jeder Erfolg, den der französische Chauvinismus in der Gestaltung der auswärtigen Politik Frankreichs davontrüge, jede Schädigung deutscher Interessen, die er bewirkte, sei Wasser auf die Mühlen des deutschen Nationalismus. Das habe sich erst jetzt wieder gezeigt, als die Zerreißung Oberschlesiens bei den unmittelbar darauf folgenden Wahlen die Stimmen der nationalistischen Parteien habe anschwellen lassen. Die Imperialisten und Militaristen beider Länder stützten und förderten sich gegenseitig. In Deutschland nutze man zur Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften französische Vergewaltigungen aus, und in Frankreich suchten die französischen Imperialisten ihren Landsleuten diese Vergewaltigungspolitik schmackhaft zu machen, indem sie auf das Erstarken der militaristischen Reaktion in Deutschland hinwiesen. So sei auch der Militarismus eine internationale Erscheinung und eine internationale Gefahr; er könne nur niedergehalten werden, indem die Sozialisten eines jeden Landes ihrer heimischen Reaktion zu Leibe gingen. Das sei die werktätige Friedensarbeit, die wir Sozialisten uns überall angelegen sein lassen müssen.

Was Tom Shaws Eintreten für **internationale Einigung des Proletariats** anbetrifft, so erklärte ich mich mit der Tendenz seiner Ausführungen völlig einverstanden. Aber der Weg dazu, den er vorschlage, führe vom Ziele ab und sei deshalb für uns völlig ungangbar. Während er sich für die Einigung der Sozialisten aller Länder begeistere, schalte er unbekümmert die ganze kommunistische Bewegung aus dieser Einigung aus. Darauf könnten wir Unabhängigen Sozialisten Deutschlands uns nie einlassen. Uebrigens seien auch die übrigen Vertreter der andern der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien, insbesondere die der **Unabhängigen Arbeiterpartei Englands,** der nämlichen Meinung wie ich. Die Kommunisten suchten zwar auf das Geheiß von Moskau hin uns mit allen möglichen Mitteln zu schädigen. Dagegen **wehren wir uns natürlich. Aber wir können nicht außer acht lassen,**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

daß sie wie wir Träger der revolutionären proletarischen Bewegung sind. Sie haben an unsrer Seite gestanden in allen revolutionären Kämpfen seit der Kriegszeit. Sie sind jetzt leider in die Irre gegangen, aber trotz all der erbitterten Auseinandersetzungen mit ihnen dürfen wir nicht vergessen, daß sie irrende Brüder sind, die wir für die großen, entscheidenden Kämpfe der Zukunft an unsre Seite zurückgewinnen müssen. Was Tom Shaw befürwortet, ist bei Lichte besehen, weiter nichts als die Galvanisierung der verkümmernden 2. Internationale. Das machen wir nicht mit. Die der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien haben die Aufgabe, als Vorhut des revolutionären Proletariats die große allumfassende Internationale der Zukunft vorzubereiten. Diese internationale Einigung kann aber nicht in übereilten Konferenzen künstlich erzeugt werden, sondern nur aus gemeinsamen Kämpfen allmählich erwachsen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung gab der Genosse Jean Longuet noch ausführlichere Darlegungen über unsre **Verhandlungen in Amsterdam und London.** Da sie natürlich das internationale Problem nicht hätten erschöpfen können, sei es wünschenswert, daß solche Verhandlungen bei passendem Anlaß weitergeführt würden.

Grumbach erging sich zunächst in einer eingehenden **Kritik der kommunistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern,** indem er deren Mißgriffe an der Hand ausgiebigen Materials erläuterte. Schließlich nahm er den von Tom Shaw angesponnenen Faden wieder auf. Er meinte, es müsse möglichst sofort etwas zur **Einigung des internationalen Proletariats** geschehen, deshalb solle ein **Aktions-Komitee** ins Leben gerufen werden durch die Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft, wie die der sogenannten 2. Internationale; auch die der Moskauer Internationale könnten zugezogen werden, wenn sie Neigung zur Beteiligung verspürten. Dieses Aktionskomitee solle dann die Leitung der gesamten internationalen Aktionen übernehmen.

Mit großer Leidenschaft setzte sich dann der Genosse Pierre Renaudel für die von Tom Shaw und Grumbach gemachten Vorschläge zur internationalen Einigung ein. Wiederholt wandte er sich dabei persönlich an mich, so mit Worten, die ich nach dem Bericht des Populaire hier in der Uebersetzung wiedergebe: „Damit wir zugunsten Deutschlands in Aktion treten können, müssen die deutschen Arbeiter sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß wir das nur tun können, wenn wir das Maximum der sozialistischen Kräfte zusammengefaßt haben. Ich richte diesen Appell an Sie, Ledebour, daß Sie die Mittel zur Einigung ausfindig machen. Nur wenn Sie uns sagen werden, die Stunde ist gekommen, werden wir handeln können."

Dieser lebhafte Appell an mich persönlich, der von dem Kongreß durch stürmischen Beifall unterstützt wurde, nötigte mich, entgegen der Gewohnheit, daß auswärtige Delegierte an den eigentlichen Kongreßdebatten sich nicht beteiligen, sofort das Wort zur Erwiderung zu nehmen, um so mehr, da Renaudel auch noch befürwortet hatte, daß wir Unabhängigen in Deutschland uns mit den Rechtssozialisten schleunigst einigen sollten.

Ich erklärte zunächst, daß mir die **sozialistische Einigung in Deutschland** selbst nicht minder am Herzen liege, wie die **internationale Einigung des Weltproletariats.** Renaudel scheine aber nicht zu wissen, daß wir Unabhängigen in diesem Sinne beständig gearbeitet hätten und noch arbeiten. Ich führte dann als Beispiel an, wie zur Niederwerfung des **militaristischen Kapp-Putsches** alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen des deutschen Proletariats unter unsrer Mitwirkung in erfolgreiche Aktion getreten seien; wie nach der Ermordung von Erzberger wiederum durch gewaltige Demonstration des gesamten Proletariats sogar die bürgerliche Regierung zum Kampf gegen die monarchistische Reaktion angetrieben worden sei, und wie wir zu diesem Zweck **gemeinsam mit den Rechtssozialisten Verhandlungen mit dem Reichskanzler Wirth** geführt hätten. Durch solche gemeinsame Aktionen wurden uns die Kommunisten auf der einen, die Rechtssozialisten auf der andern Seite nähergeführt. Da wurde plötzlich durch den bekannten Görlitzer Beschluß, der eine Verständigung der Rechtssozialisten mit der kapitalistisch orientierten Stinnespartei anbahnte, diese erfreuliche Entwicklung unterbunden, so daß heute die sozialistische Einigung wieder in weitere Ferne gerückt ist. Wir geben aber unsre Bemühungen nicht auf. Wir vertrauen darauf, daß in den Arbeitermassen, die heute noch der rechtssozialistischen Partei anhängen, ebenso wie bei den Kommunisten das Bewußtsein des proletarischen Gesamtinteresses zum Durchbruch kommen wird. Unvermeidliche neue Klassenkämpfe werden diese Entwicklung beschleunigen, indem sie die Vorbedingung für jede Einigung schaffen, nämlich die gemeinsame Ueberzeugung von der Notwendigkeit des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und seine Parteivertretungen.

Was die **internationale Einigung** anbetrifft, so könnte ich dem Vorschlage Grumbach-Renaudel nicht zustimmen. Ein leistungsfähiges internationales Aktionskomitee lasse sich nicht durch die Zusammentrommelung der einzelnen, den verschiedenen internationalen Gruppenorganisationen angegliederten Parteien ins Leben rufen. Ein solches Aktionskomitee, das ja die gegenwärtig bestehenden Bureaus der internationalen Gruppen in Brüssel, Moskau und Wien ersetzen müßte, kann nur das Ergebnis mühseliger Vorarbeiten und allmählich sich entspinnender internationaler Aktionen sein. Es stehe am Ende, nicht am Anfang der Einigungsbewegung. Ich könne mich aber natürlich nicht mit einer Abweisung dieses Vorschlags begnügen; ich verspräche mir dagegen Erfolg von folgendem Vorschlag: Ich werde mich an das **Bureau der J. A. S. P. in Wien** mit der Aufforderung wenden, eine **Einladung an das Bureau der 2. Internationale in Brüssel** und das **der 3. in Moskau** zu einer Konferenz, in der die Möglichkeiten gemeinsamer internationaler Aktionen erwogen werden sollen, zu richten. Auf solche Weise könne unter Respektierung der bestehenden internationalen Organisationen eine Verständigung angebahnt werden, während die von Grumbach und Renaudel befürwortete Einladung sämtlicher sozialistischer und kommunistischer Einzelparteien von der Mehrzahl derselben schon aus Gründen der Loyalität gegenüber den internationalen Organisationen, denen sie angehören, überhaupt nicht befolgt werden könne.

Nachdem Longuet und Mayeras meinem Vorschlage zugestimmt hatten, ergriff Grumbach nochmals das Wort und richtete an mich die Frage, was dann geschehen solle, **wenn etwa die Moskauer Zentrale unsre Einladung abgelehnt haben würde.** Ich erwiderte darauf: Darüber können wir erst dann uns schlüssig machen, wenn es zu einer Ablehnung unsrer Einladung wirklich kommen sollte. Ich halte es überhaupt für richtig, solche hypothetische Fragen, was man zu tun gedenke, wenn dies oder jenes sich ereignet hätte, niemals zu beantworten.

Auch Renaudel gab dann seine Zustimmung zu meinem Vorschlag und Blum empfahl, ihn in der auszuarbeitenden Resolution mit den Grumbachschen Vorschlägen möglichst zu kombinieren.

Die zur Abfassung der **Resolution über die internationale Frage** eingesetzte Kommission hat denn auch einstimmig meinen Vorschlag akzeptiert und ihn in die Resolution hineingearbeitet, die im übrigen noch weitere Verhandlungen, auch mit der Labour Party befürwortet.

Schon auf dem Kongreß wurde hervorgehoben, daß der französische Parteikongreß unter der Mitwirkung von Genossen aus verschiedenen Ländern die **Funktionen eines internationalen sozialistischen Kongresses** übernehmen mußte, um dem allgemein empfundenen dringenden Bedürfnis der internationalen Einigung die Wege zu ebnen. Ich kann nur meinerseits noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß bald der Erfolg unsre Bemühungen krönen wird.

Ueber den Reichsdalles.

Berlin, 7. November.

Vor fast leerem Hause begann heute die Steuerdebatte, und es schien anfänglich, als sollte sie langweilig und inhaltlos werden. Aber es kam anders. Die ersten Redner vermochten keine besondere Aufmerksamkeit und Lebendigkeit zu erzeugen. Der Abgeordnete Dr. Braun aus Nürnberg rechnete nochmals kräftig mit den Rechtsparteien ab, die Deutschlands Finanzelend verschulden. Die Kritisierten reagierten durch kräftige Zwischenrufe, besonders als Braun darauf hinwies, die Entente werde noch das Ruhrgebiet ganz besetzen, wenn die von den deutschnationalen Katastrophenpolitikern empfohlene Politik befolgt werde. Dieser Hinweis wurde von Helfferich dann dahin ausgelegt, die Sozialdemokratie besorge wiederum die Geschäfte des Auslandes. Die Vorwürfe gegen die Besitzenden, daß sie sich nach wie vor vom Steuerzahlen drücken, waren auch eine kräftige Kritik an den eigenen Blockgenossen in der Regierung. Auffällig war die Bemerkung des rechtssozialistischen Redners, zum jetzigen Reichsfinanzier habe er kein besonderes Vertrauen. Die Stellung zu den Vorlagen hat der Redner nicht besonders dargelegt. Die Rechtssozialisten scheinen also noch freie Hand behalten zu wollen.

Weit ab vom Wege führte die Rede des badischen Ministers Dietrich, der für die demokratische Reaktion sprach. Sie war eine Entrüstungspauke über das Finanzelend und die „Einsichtslosigkeit" der Entente. Er meinte sogar, die Entente könne nichts machen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Verbunden mit der Steuerdebatte wurde die Aussprache der Interpellation der Deutschnationalen über die Valuta. Wirtschaftsminister Schmidt beantwortete die Interpellation und führte manch treffenden Hieb gegen die Interpellanten und ihre politischen Freunde. Er wurde ruhig und aufmerksam angehört und manche Teile seiner Rede waren wirkungsvoll und von der Zustimmung der Linken des Hauses begleitet. Zu den Maßregeln aber, die die Regierung zur Verbesserung und Stabilisierung der deutschen Valuta ergreifen will, hat der Minister selbst kein großes Vertrauen, denn er bemerkte ausdrücklich: von dieser Maßnahme verspreche ich mir nicht allzu viel. Das wirkliche Mittel zur Verbesserung der Valuta sei, die passive Handelsbilanz in eine aktive umzuwandeln. Aber die Frage ist eben, wie soll das geschehen und ist es in absehbarer Zeit überhaupt möglich? Die angeführten Maßregeln sind ein Gesetzentwurf, der das freie Börsenspiel untersagt, die Wegsteuerung des Börsengewinns, schließlich will die Regierung das Ausland um Hilfe angehen, indem ihr die deutschen Guthaben im Auslande mitgeteilt werden und dann eine Anleihe im Auslande. Zum Schlusse appellierte Schmidt an die Kapitalistenklasse, doch ihre versprochene Hilfe nicht mit politischen Forderungen zu verquicken.

Lebhaft wurde es nun, als Helfferich in flüssiger und gutvorbereiteter Rede seine massigen Angriffe gegen die Regierung und die Regierungsparteien richtete. Nach Helfferich sitzt Deutschland deshalb so rettungslos im Sumpf, weil es den „überstürzten Waffenstillstand", dann den Versailler Vertrag und schließlich das Spaer und Londoner Ultimatum annahm. Auf alle kernigen und treffenden Zwischenrufe, was an dieser Stelle getan hätte werden sollen, schwieg er sich beharrlich aus. Daß er eine Rettung der Besitzenden wegen der Steuerdrückebergerei und Steuersabotage vornahm, verwundert bei Helfferich nicht. Aber im selben Augenblick, wo er die Ehrenrettung seiner Klassengenossen vornahm, prägte er den Satz, den man sich merken muß: „Angesichts der immer größer werdenden Ansprüche der Entente und der Unmöglichkeit, Deutschlands Finanzelend zu bessern, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich im Lande Stimmen regen: Wozu noch Steuern zahlen?"

In geschickter Aufmachung griff Helfferich Rathenau wegen des Wiesbadener Abkommens an und suchte an der Hand des Versailler Vertrages nachzuweisen, daß sich Rathenau übers Ohr habe hauen lassen. Nach Helfferich wurde mit der Debatte für heute Schluß gemacht und sie auf morgen vertagt. Dann wurde die schleunige Interpellation unsrer Fraktion verlesen, die ein sofortiges Einschreiten der Regierung gegen das ungesetzliche, die Republik gefährdende Weiterbestehen der Orgeschorganisationen fordert. Auch ein schleuniger Antrag der Kommunisten wurde noch mitgeteilt und führte zu einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte.

Die Stinneskoalition in Preußen.

Das neue preußische Ministerium berät zur Zeit über die Bildung seines Programms. Severing und Braun werden festzustellen haben, inwieweit die Deutsche Volkspartei die Bedingungen von Görlitz billigen werde. Im Sinne der Görlitzer Beschlüsse hätte sich die Volkspartei vor der Bildung des Ministeriums äußern sollen, nun aber macht man erst hinterher die Probe auf das Exempel. Die SPD.-Presse hat bisher nur zum Teil zu der veränderten politischen Situation in Preußen Stellung genommen, man versucht — und sogar Heilmann ist dazu bestrebt —, den breiteren Kreisen der Mitglieder die Haltung der preußischen Landtagsfraktion schmackhaft zu machen. Heilmann hat eine gehörige Portion Angst vor der Tatsache, daß die Unabhängigen diesen plötzlichen Umfall der Rechtssozialisten für ihre Zwecke ausnützen könnten. Er schreibt:

„Wir wiederholen noch einmal: wir hätten gewünscht, daß der Görlitzer Beschluß weder gefaßt, noch bei der Regierungsbildung in Preußen im Sinne seiner Urheber ausgeführt worden wäre. Unser einzig wirklich ausschlaggebender Grund bei dieser Stellungnahme war der Wunsch, alles zu vermeiden, was die Einigung der Arbeiterklasse aufhalten könnte, und alles zu tun, um sie zu fördern. Denn ohne diese Einigung sieht es trübe aus mit der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist letzten Endes ganz gleichgültig, ob bei den Wahlen von 1920 die Unabhängigen auf Kosten der Sozialdemokraten gewannen, bei den Wahlen von 1921 die Sozialdemokraten auf Kosten der Unabhängigen und bei den Wahlen von 1922 diese oder jene, wenn dabei immer die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen gegenüber der Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen sinkt. Dieser Rückgang der gesamtsozialistischen Bewegung ist eine Folge des Bruderkampfes, des gegenseitigen Herunterreißens. Viele Arbeiterkreise werden dadurch angeekelt und ziehen sich von Wahl und Politik überhaupt zurück. Wir verlangen nicht von den Unabhängigen, daß sie die jetzige Taktik der Sozialdemokratie als richtig anerkennen. Wir können das um so weniger tun, als wir selbst überzeugt sind, daß die Koalition mit der Deutschen Volkspartei nichts Dauerhaftes sein und keine guten Früchte tragen kann. Aber die Unabhängigen handelten gewissenlos, wenn sie jetzt wie einst gegen die „Noske-Politik" so jetzt gegen die „Stinnes-Politik" — die Sozialdemokratie wird niemals Stinnes-Politik treiben — eine blindwütige Hetze entfalteten. Den Nutzen hätten nicht sie, aber den Schaden hätte die gesamte Arbeiterbewegung."

Wobei nur zu bemerken wäre, daß die SPD. keinerlei Möglichkeit unbenutzt ließ, um ihre Situation gegenüber unsrer Partei entsprechend auszuwerten. Wir erinnern nur an die Agitationsmethoden Schöpflins anläßlich der Landtagswahlpropaganda in Baden. Im übrigen ist auch Heilmann der Meinung, daß der Beschluß von Görlitz besser ungefaßt geblieben wäre, dann wäre freilich den Unabhängigen dieses Agitationsmaterial gar nicht erst geliefert worden, im Interesse der „gesamten Arbeiterbewegung".

Auch die Frankfurter Volksstimme ist von dem Beschluß der Landtagsfraktion höchst unangenehm berührt. Sie tröstet sich mit der Tatsache, daß die Mehrheit der Landtagsfraktion noch lange nicht die überwältigende Mehrheit der Genossen im Lande sei, und schreibt:

„Nur ein Trost, die Mehrheit, mit der die sozialdemokratische Landtagsfraktion den verhängnisvollen Beschluß faßte, war verdammt klein — mit 46 gegen 41 Stimmen. Wenn drei Genossen in der Fraktion anders gestimmt hätten, wäre der Arbeiterschaft das Unglück des unseligen Beschlusses erspart geblieben. Wenn sich schon in der Fraktion nur fünf Stimmen Mehrheit ergaben, kann man ganz sicher sein, daß in der Partei die überwältigende Mehrheit der Genossen im Lande den Beschluß verurteilt. Die Massen werden nicht ruhig mit ansehen, wie von der kleinen Minderheit den Genossen, welche die Mehrheit der Fraktion bilden, eine für das Proletariat in der Wirkung verderbliche Politik getrieben wird."

Im übrigen sind auch die bürgerlichen Parteien mit dem Wandel der Dinge in Preußen nicht voll zufrieden. Die Tägliche Rundschau glaubt, daß die volksparteilichen Minister in der Regierung vorerst durch die rote Flut der drei Sozialdemokraten überschwemmt werden, sie tröstet sich jedoch verständnisinnig mit der Tatsache, daß die Richter und Boelitz nicht ein „Nachtrab der Linken", sondern „ein Vorposten der Rechten" sein werden. Es wird sich zeigen, daß diese Auffassung nicht völlig ungerechtfertigt ist.

Von einigem Interesse ist die Tatsache, daß der neue preußische Finanzminister von Richter der Vorgänger Noskes im Oberpräsidium von Hannover war. v. Richter wurde damals wegen allzu bedenklicher Betätigung seiner monarchistisch-reaktionären Gesinnung abgesetzt, heute ist er gut genug, um am Ministertische mit Severing und Braun zu verhandeln, wie die preußische Republik zu festigen sei.

Stegerwald hat sich inzwischen die Sache anders überlegt und hat erklärt, in dem neuen Ministerium keinen Ministersitz mehr übernehmen zu wollen. Er war für den Posten des Wohlfahrtsministers vorgesehen, der nunmehr durch einen andern Zentrumsmann ersetzt werden soll.

Die Kreditaktion der Industriellen.

Ein Dollar = 295 Mark.

Der Dollar klettert weiter in die Höhe. Vorübergehend wurden an der gestrigen Berliner Mittagsbörse 295 Mark für den Dollar gezahlt. Das bedeutet, daß die Mark nur noch den achtzigsten Teil ihres Friedenswertes innehat, so daß gegenwärtig für jede Goldmark nicht weniger als 80 Papiermark gezahlt werden müssen. Der neuerliche Sturz der Valuta ist zweifellos auf die Rede des gegenwärtigen Reichsfinanzministers Dr. Hermes zurückzuführen, in der er sich über den Stand der deutschen Finanzen verbreitete. Es steht zu erwarten, daß auch der gegenwärtige Stand der Mark noch nicht das Ende des Rückganges bedeutet, wir dürfen vielmehr mit Sicherheit erwarten, daß der Dollar auf 300 und mehr hinauswachsen wird.

Angesichts dieser geradezu katastrophalen Entwicklung unsrer Valuta bekommt die schon legendär gewordene Kreditaktion der Industriellen um so größere Bedeutung. Die Industriellen zeigen zwar, wie wir bereits gestern berichteten, ihre Bereitschaft, der Kredithilfe näherzutreten, aber unter Formen, die den Pferdefuß der Aktion mit nur allzu großer Deutlichkeit erkennen lassen. Die Kreditaktion der Industriellen ist nichts andres als ein Schacherobjekt, um den Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Politik zu vergrößern. Die Stinnesleute verlangen nichts andres, als daß zunächst eine jede Beschränkung im Wirtschaftsleben fortfallen solle. Dies bedeutet, daß Stinnes die Zwangsbewirtschaftung der Kohle zum Fallen zu bringen versucht, so daß wir, wenn diese Bedingungen der Großindustriellen zur Annahme gelangen, auf dem Kohlenmarkte dieselben Preistreibereien erleben werden, die wir bei der Preisbildung der Agrarprodukte zum Schrecken aller Konsumenten erlebten. Den Stinnesleuten handelt es sich nicht darum, der deutschen Wirtschaft zu helfen, sie wollen vielmehr die Gelegenheit nutzen, entsprechende weitere Gewinne herauszuschlagen. Sie fordern fernerhin, daß die „Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe" so behandelt werden, daß sie die öffentlichen Finanzen nicht weiterhin belasten. Darüber wäre an sich nichts zu sagen, wenn dahinter nicht der Gedanke der Industriellen steckte, die Reichsbetriebe und damit die gesamten Reichsfinanzen unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Ferner fordern die Industriellen, daß alle in der Wirtschaft vorhandenen und nicht voll produktiv tätigen Kräfte zu weiterer Tätigkeit herangezogen werden sollen. Die Fassung ist an sich harmlos, bedeutet aber nichtsdestoweniger einen erneuten Vorstoß gegen den Achtstundentag, denn im Sinne von Stinnes sind alle Arbeiter, die nur acht Stunden täglich arbeiten, nicht voll beschäftigt. Das Ziel dieser Bedingung ist daher die Untergrabung des Achtstundenarbeitstages, die Möglichkeit, den Arbeitstag nach den Wünschen der Industriellen verlängern zu können.

Die Industriellen fordern weiterhin, daß aus den Staatsbetrieben Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur **Verzinsung und Tilgung des geplanten Darlehens ausreichen** und die jetzt vorübergehend und freiwillig (für die Kreditaktion D. Red.) eintretende Industrie entlasten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Daraus ist klar zu erkennen, daß die Industriellen gar nicht die Absicht haben, für die Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens persönlich einzutreten, vielmehr fordern sie, daß das Reich mit seinen produktiven Unternehmungen die erforderlichen Garantien gegenüber dem ausländischen Kreditkonzern gewähren soll. Angesichts dieser Tatsache sind die Forderungen der Industriellen um so unverschämter, sie zeigen, daß der ganze gute Wille, den sie mit so großen Worten verkündeten, nichts andres ist, als durch das Mittel der Kreditaktion erneuten politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf die Verhältnisse in Deutschland zu bekommen.

Dabei ist weiter zu beachten, daß freilich die Industriellen in der Beurteilung der Kreditaktion durchaus geteilter Meinung sind. Die Fertigindustrie, die im wesentlichen von den Rohproduktenmärkten des Auslandes abhängig ist, hat ein Interesse an der Kräftigung der deutschen Valuta, da sie andernfalls binnen kurzem am Ende ihres Lateins angelangt sein wird. Fällt die Mark weiterhin, dann wird die Beschaffung von Devisen zur Bezahlung von Baumwolle usw. zur Unmöglichkeit. Die Rohstoffindustrien unter Führung von Stinnes haben ein wesentlich andres Interesse. Sie sind in der Produktion unabhängig vom Auslandsmarkte. Der Sachwert ihrer Unternehmungen bleibt bestehen und wenn der Stand des Dollars 400 erreicht. Sie haben durch einen Zusammenbruch nicht allzuviel zu riskieren, können jedoch, wenn ihre Bedingungen durch die Regierung zur Annahme gelangen, durch eine neue Preissteigerung abermals gewaltige Gewinne erzielen.

Wie wir schon mehrfach bemerkten, hat der Sturz der Valuta in den Reihen der Alliierten gewaltige Bestürzung hervorgerufen. Darauf wohl ist es im wesentlichen zurückzuführen, daß die Reparationskommission in Paris beschlossen hat, sich von der Lage der Dinge in Deutschland persönlich zu überzeugen. Was der eigentliche Zweck ihrer Reise ist, ist heute noch in Dunkel gehüllt. Es scheint jedoch, als wolle man sich orientieren und über die Modalitäten der nächsten Reparationszahlungen unterhalten. Amtlich wird dazu gemeldet:

Berlin, 7. November. Die Deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der Deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantiekomitee in Ansehung des Zahlungsplans gewünschten Maßnahmen und ihre Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

Ein Sieg der Feinde der Republik.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet den **Antrag der Unabhängigen Fraktion zum Schutze der Republik.** Genosse Rosenfeld führte zur Begründung aus: Unser Gesetzantrag ist aus der Aktion der Arbeiterschaft hervorgegangen, die durch die Ermordung Erzbergers ausgelöst wurde. Als sich damals herausstellte, daß die Mörder in den Rechtsparteien zu suchen seien, gelangte die Arbeiterschaft zu der Ueberzeugung, daß zum Schutze der Republik etwas geschehen müsse. Allerdings bieten auch Gesetzesparagraphen keinen ausreichenden Schutz der Republik. Die Republik wird solange in Gefahr sein, wie die republikanische Arbeiterschaft in Deutschland nicht maßgebend ist. Der Staat muß aber wenigstens das Recht haben, **monarchistische Beamte zu entfernen.** Beamte, Offiziere, Richter, Polizeibeamte, welche monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden, müssen sofort aus dem Dienst entlassen werden, ebenso Beamte, die auf ihnen unterstellten Beamten im Sinne monarchistischer Auffassungen einwirken oder die **Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern.** Der Disziplinarhof in Hamburg hat einen Beamten, der den Eid auf die Verfassung verweigerte, mit der Begründung freigesprochen, daß ein Beamter zur Eidesleistung auf die Verfassung nicht verpflichtet sei. Selbst die Demokraten fordern die Entlassung solcher Eidesverweigerer. In einer Zeit, in der die Republik von Monarchisten so herausgefordert wird, wie zum Beispiel in den letzten Tagen aus Anlaß der Beerdigung des früheren Bayernkönigs, wo dessen Sohn sich rühmte, in die Rechte seines Vaters eingetreten zu sein, ist **ein besonderes Gesetz zum Schutze der Republik notwendig.** — Abg. Hofmann-Kaiserslautern (SPD.): Auch wir wünschen einen Gesetzentwurf zum Schutze der Republik. Der **Antrag der Unabhängigen geht uns aber zu weit.** (Kürzlich erklärte Abgeordneter Scheidemann, unser Antrag ginge ihnen nicht weit genug D. R.) **Wir wollen kein Ausnahmegesetz gegen monarchistische Beamte.** (Die Ebert-Verordnung haben die Rechtssozialisten aber verteidigt. D. R.) Wir wollen ein geordnetes Disziplinarverfahren und die Entlassung von Beamten nur dann, wenn sie die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern, in ihrem Amt Mißachtung der republikanischen Verfassung oder der Reichs- und Landesfarben bekunden, ihr Amt für Bestrebungen zur Aenderung der Staatsform mißbrauchen, auf Untergebene im Sinne solcher Mißachtung einwirken oder als Dienstvorgesetzte Handlungen der bezeichneten Art dulden. Nur in schwereren Fällen wünschen wir neben der Entlassung auch den Verlust der Versorgungsansprüche. — Reichsjustizminister Radbruch: Wir bereiten ein Gesetz vor, das die Schutzmaßnahmen betreffen soll, die im Ressort des Justizministeriums liegen und zur Anpassung der Justiz an die neuen Reichsverhältnisse dienen. — Minister des Innern Köster: Wir beraten die dem Ministerium des Innern obliegenden gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Republik. Ob die Beratungen zur Vorlage eines Gesetzentwurfes oder nur zu dem Vorschlag einer Aenderung bestehender Gesetze führen, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. — Abg. Dühringer (D.-Nat.): Nach diesen Regierungserklärungen beantrage ich die **Vertagung** der Beratung. Genosse Rosenfeld: Daß die Deutschnationalen die Vertagung wünschen, verstehe ich schon. Wer aber wirklich die Republik schützen will, muß die Verhandlung fordern. Der Ausschuß beschließt, vorläufig in der Beratung fortzufahren. — Abgeordneter Kahl (D. Vp.): Ich wende mich entschieden gegen den Gesetzentwurf der Unabhängigen. Er enthält in keinem Sinne und in keinem Satz eine geeignete Grundlage für ernsthafte Verhandlungen. Er vernichtet jede staatsbürgerliche Freiheit, verletzt die Verfassung und Beamtenrechte. — Abg. Graefe (D.-Nat.): Ich schließe mich den Ausführungen des Vertreters der Deutschen Volkspartei an. Dr. Rosenfeld hat es mit der Beratung sehr eilig. Man könnte daher meinen, es sei um die deutsche Republik schlecht bestellt. Die Republik wird am besten geschützt, wenn die Herren, die am Ruder sind, eine Politik treiben, die den großen Massen imponiert. Der unabhängige Gesetzentwurf stellt einen **Einbruch in die Gesetzgebung der einzelnen Länder** dar und verstößt gegen die Verfassung. — Abg. Haas (Dem.): Wir wollen ein Gesetz zum Schutze der Republik, aber kein Ausnahmegesetz. Das geordnete Disziplinarverfahren muß erhalten bleiben, doch scheinen Reformen notwendig zu sein. Den Antrag der Unabhängigen lehnen wir ab. Die Vorschläge der Rechtssozialisten werden wir prüfen. — Abg. Herzfeld (Komm.): Die Rechtssozialisten wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Mit der Annahme ihres Antrags wäre nicht viel erreicht. Ich beantrage die Annahme des Antrages der Unabhängigen. — Reichsminister des Innern Köster: Die Regierung hat nicht den Wunsch, daß die Beratungen des Gesetzes verschoben werden. — Bayrischer Bevollmächtigter v. Nüßlein: Ich warne pflichtgemäß vor übereilter Behandlung der Angelegenheit. Der Antrag der Unabhängigen greift tief in die Rechte der Länder ein. Seine Annahme würde eine **tiefe Erbitterung in Bayern** hervorrufen. Genosse Rosenfeld: Nach der Auffassung des bayrischen Vertreters müßte der Reichstag darauf verzichten, aus seiner Mitte einen Gesetzentwurf vorzulegen. Den bayrischen Widerspruch habe ich lange erwartet. Bayern widerspricht ja immer, wenn ein Fortschritt gemacht werden soll. Nachdem der Reichsinnenminister erklärt hat, daß er gegen die Beratung nichts einzuwenden habe, sollten wir wirklich weiterberaten.

Der Antrag der Deutschnationalen auf Abbruch der weiteren Beratungen wird darauf mit 13 gegen 12 Stimmen (gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten) **angenommen.**

Damit ist die Aktion unsrer Fraktion auf Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik vorläufig **gescheitert.** Die Partei muß Mittel und Wege finden, trotz aller Widerstände Maßnahmen zum Schutze der Republik durchzusetzen.

Das Spiel der Kappisten mit dem Reichsgericht.

Von zuständiger Seite wird zu der skandalösen Angelegenheit des Kappistenprozesses eine langatmige Erklärung verbreitet, die im wesentlichen alle gegen die Justizbehörden erhobenen Anklagen bestätigt. Besonders pikant ist die Tatsache, daß das Reichsgericht trotz Einspruches des Oberreichsanwalts den am 27. Oktober angesetzten Prozeß gegen Jagow und Genossen auf Grund folgenden Antrages des Rechtsanwalts Grünspach vertagte:

Die Angeschuldigten Bauer, Pabst, Ehrhardt, Schnitzler haben das dringende Interesse, möglichst bald in der gegen sie verhängten Strafsache abgeurteilt zu werden. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß sie sich pünktlich zu dem Termin stellen, auf alle Fristen verzichten werden, damit eine einheitliche Verhandlung stattfinden kann.

Erst aus dem in der Presse veröffentlichten Schreiben Kapitän Ehrhardts, in dem dieser erklärte, daß er nicht daran dächte, sich dem Gericht zu stellen, ersah das hochwohllöbliche Reichsgericht, daß für seinen Beschluß nicht die geringsten Voraussetzungen gegeben waren. In einer Besprechung, die der Oberreichsanwalt hierauf sofort mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, herbeiführte, erklärte der letztere, daß er bei Einreichung seines Antrages vom 14. Oktober d. J. des Glaubens gewesen sei, daß die Angeschuldigten tatsächlich die Absicht hätten, zur Verhandlung zu kommen. Er habe sich zu dieser Auffassung auf Grund von früheren Aeußerungen der Angeschuldigten für berechtigt gehalten, insbesondere aber auf Grund eines Schreibens des Obersten Bauer vom 14. September dieses Jahres, indem dieser zum Ausdruck gebracht habe, **daß er nicht abgeneigt sei, zur Hauptverhandlung zu kommen, wenn er mit der Untersuchungshaft verschont bliebe,** und in dem er gebeten habe, der Sache noch einmal näherzutreten. In seiner Meinung sei er noch bestärkt worden durch eine Unterredung mit Frau Oberst Bauer und mit einer Mittelsperson, durch die Bauer den Verkehr mit ihm unterhalten habe. Rechtsanwalt Grünspach hat bei der Unterredung zum Ausdruck gebracht, daß er nach seinen neuesten Informationen allerdings **befürchten müsse, daß seine Klienten ihre frühere Absicht der Gestellung aufgegeben hätten.**

Auf Grund dieser Besprechung hat dann der Oberreichsanwalt die Aufhebung des gewährten sicheren Geleites beantragt und das Reichsgericht hat diesem Antrag stattgegeben. Gegen die Kappverbrecher Schiele, Jagow und Wangenheim ist ein neuer Termin für den 7. Dezember „in Aussicht genommen". Die Ansetzung eines früheren Termins soll nach der Geschäftslage des Reichsgerichts ausgeschlossen sein. Ob nun die Jagow, Schiele und Wangenheim nicht auch erst ihre Bedingungen stellen werden, von deren Erfüllung sie ihr Erscheinen zur Verhandlung, wenn diese wirklich stattfinden sollte, abhängig machen?

Die Teuerung.

W. T. B. meldet: Die **Teuerung** hat im Monat **Oktober** infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter **stark zugenommen.** Nach den **Berechnungen des Statistischen Reichsamts,** denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die **Reichsindexziffer** für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf **1146** (gegenüber 1062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913/14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine **Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 v. H., gegenüber Januar d. J. um 41,4 v. H.,** gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 v. H. Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptsache erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt. Die **Indexziffer für die Ernährung** allein ist im Oktober auf **1532 (gegenüber 1418 im September) gestiegen.** Zu dieser Erhöhung trugen — teilweise recht beträchtliche — Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei. Nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert, die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preiserhöhungen für Hülsenfrüchte, Fette und Eier. Auch für Fleisch und Fische haben die Preise angezogen, während für Nährmittel die Preisbewegung nicht einheitlich war.

Große Siege der englischen Arbeiterpartei.

Die Munizipalwahlen in England, die am 1. November vorgenommen wurden, brachten der englischen Arbeiterpartei bedeutende Erfolge ein. Und die Erfolge wären noch größer gewesen, wenn nicht durch **Sonderkandidaten der Arbeitslosen,** der **Kommunisten** und sogenannte **unoffiziellen Arbeiterkandidaten** eine Stimmenzersplitterung verursacht worden wäre. Einer Zusammenstellung des Daily Herald über das Resultat der Gemeindewahlen entnehmen wir die folgenden Zahlen:

In 160 Gemeinden in England, Wales und Schottland gewann die Arbeiterpartei 130 Sitze, denen ein Verlust von 59 Sitzen gegenübersteht, so daß ein Nettogewinn von 71 Sitzen verbleibt. Die höchsten Gewinne wurden in Birmingham und Barnsley erzielt, nämlich je 6 Sitze; es folgen dann Sheffield und Norwich mit je 5 neugewonnenen Sitzen.

Unruhen in Innsbruck.

Ueber „schwere Unruhen infolge des Kellnerstreiks" in Innsbruck berichtet die Telegraphen-Union folgendes:

Am Sonntag fanden in der Stadt **große Demonstrationen** statt, um die Lokale, die noch geöffnet waren, zur Schließung zu zwingen. Jene Besitzer, die sich weigerten zu schließen, wurden geprügelt und in den Lokalen großer Schaden angerichtet. Die **Polizei mußte mit Gummiknüppeln und Säbeln eingreifen,** um die Demonstranten zu vertreiben. **Als ein Gasthausbesitzer** gegen die Demonstranten einen **Revolver zog,** wurde er ihm mit Mühe entwunden und die Schließung des Lokals erzwungen. **Einer der Demonstranten feuerte** gegen einen andern Besitzer, der sich weigerte zu schließen, einen Revolverschuß ab und verletzte ihn schwer. **Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.** Die Menge zog zum Rathause und versuchte, die Freilassung der Verhafteten zu erzwingen, was ihr jedoch nicht gelang. Die Demonstrationen dauerten den ganzen Nachmittag über an und erst der einsetzende strömende Regen machte den demonstrativen Kundgebungen ein Ende.

Wir geben die anscheinend sehr zuungunsten der Streikenden gefärbte Meldung, wie alle derartigen Nachrichten dieses Bureaus mit allem Vorbehalt wieder. Die TU. hat sich in letzter Zeit in bezug auf Nachrichten über angebliche Unruhen als recht unzuverlässig erwiesen. So wird uns heute aus Karlsbad bestätigt, daß die Meldung über die angeblichen Unruhen in Eger, bei denen es 40 Tote und 80 Verletzte gegeben haben sollte, von A bis Z erfunden ist. In Eger ist es überhaupt zu keinen Ausschreitungen gekommen.

Das Elend im hungernden Rußland.

Der Ost-Expreß berichtet: Nach den neuesten Berechnungen der Sowjetpresse sind bereits **30 Millionen der Bevölkerung Sowjetrußlands von der Hungerkatastrophe unmittelbar ergriffen.** Die Krasnaja Gazeta drängt auf schleunigen Abschluß der Auslandsanleihen, da Menschenleben teurer seien als Gold. Auf dem in Moskau tagenden Kongreß der Sanitätsabteilungen wurde die **ungeheure Sterblichkeit in den Hungergebieten** festgestellt: von den **Kindern sterben fast 100 Prozent, vom Vieh 80 Prozent.** Die Flucht der Bevölkerung hält ununterbrochen an. Viele Bauerngehöfte sind völlig verlassen und werden zu Spottpreisen verkauft: der Durchschnittspreis für ein Gehöft mit Kornscheuer, Stall und Heuscheune beträgt 5 Pud (= 82 Kilogramm) Getreide. Auch das Vieh wird zu Schleuderpreisen auf den Markt gebracht, da das Futter für die Wintermonate fehlt. Der Moskauer Prawda zufolge sollen demnächst die Bestimmungen über die Hungerhilfe auf das Don-, Kuban- und Terek-Gebiet, die Krim, das Gouvernement Stawropol und einige Kreise des Gouvernements Pensa ausgedehnt werden, wodurch die bisherigen Meldungen über die **Ausdehnung der Hungersnot** auf diese Gebiete **amtlich bestätigt** werden.

Mobilisierung in Ungarn?

Wien, 7. November. (DA.) Nach einem Bericht aus kompetenter Quelle hat die ungarische Regierung die **Jahrgänge 1898 und 1899 einberufen** und trifft Vorbereitungen zur **Einberufung der Jahrgänge 1894 bis 1897.**

Einigung über die Entwaffnung Ungarns.

London, 7. November. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph erfährt, daß die **Großmächte und die Kleine Entente** sich über das Verfahren bei der Entwaffnung Ungarns geeinigt haben.

Portugals Einverständnis.

Lissabon, 8. November. (T.-U.) Die portugiesische Regierung hat ihr **Einvernehmen zu der Internierung des Exkönigs Karl** und seiner Familie auf der **Insel Madeira erteilt.**

Brandler in Moskau.

Die Rote Fahne meldet, daß nach einer Nachricht der Wiener Rosta der aus der Strafanstalt Gollnow entflohene Vorsitzende der KPD. **Brandler vor zwei Tagen in Moskau eingetroffen sei.**

• • •

Zur Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten. Nach Meldungen aus Tokio ist der Anschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten Hara von einem jungen 19jährigen Koreaner ausgeführt worden. Wie Reuter meldet, vermuten die japanischen Behörden, daß der Mörder des Ministerpräsidenten nur das Werkzeug anderer Personen gewesen sei, und daß **eine Verschwörung** vorhanden gewesen sei.

Der Dollar 300 überschritten.

Der Dollar hat an den gestrigen Abendbörsen den Stand von 300 überschritten. Er stieg bis 305 Mk.

Der Stand der Valuta.

Es kosteten in Berlin	1.7.14	4.11.21	7.11.21
	Mark		
1 amerikanischer Dollar	4.12	229.77	286.71
1 englisches Pfund Sterling	20.43	914.05	1128.85
100 holländische Gulden	169.00	7992.—	10489.50
100 schwedische Kronen	112.50	5319.65	6643.35
100 Schweizer Franken	81.00	4320.65	5694.30
100 französische Franken	81.00	1768.25	2197.80
100 belgische Franken	81.00	1648.35	2667.90
100 italienische Lire	81.00	939.05	1128.85
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	8.18	8.43
100 tschecho-slowakische Kronen	—	241.75	249.65
100 ungarische Kronen	—	23.97	26.97

Von Nah und Fern.

Schwere Stürme in allen Teilen Deutschlands.

Berlin, 7. November. Aus **allen Teilen Deutschlands** gehen Meldungen über **Verwüstungen** ein, die durch das Unwetter angerichtet sind. In **Kiel** war der **Sturm von starkem Hochwasser begleitet,** das in der Stadt und in den Orten der Kieler Förde erhebliche Schäden verursachte. Eine Anzahl **Fischerboote sind gesunken, einige Dampfer** sind im westlichen Teil der Ostsee **gestrandet,** worüber nähere Nachrichten fehlen. Schneestürme herrschen in **Hannover und Dresden.** Zahlreiche Telegraphen- und Fernsprechleitungen sind zerstört. In **Meißen** ist die Stromversorgung unterbrochen. Stadt- und Landbezirk sind zum größten Teil **ohne Licht.** Im **Riesengebirge** liegt der **Schnee teilweise bis zu einem Meter hoch.** — In **Frankfurt am Main** hat der seit gestern herrschende **heftige Sturm** an Dächern und Fensterläden **zahlreiche Schäden** verursacht. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um umgestürzte Bäume, die Verkehrshindernisse bildeten, beiseite zu schaffen. Die **Telephon- und Telegraphenleitungen** sind größtenteils zerstört, ebenso in **Köln.** Hier störte das Unwetter auch den **Eisenbahnverkehr** in empfindlicher Weise. Infolge der Beschädigung vieler Eisenbahnsignale mußten die Züge sehr vorsichtig fahren; teilweise blieben sie auf offener Strecke stehen. Der **Sachschaden** in der Stadt und in der Umgebung ist **gar nicht zu übersehen.** Der Verkehr auf den Straßen war wegen der herabstürzenden Dachbedeckungen usw. gefährdet.

Auch im Nord- und Ostseegebiet

sowie in **Holland** und auf beiden Seiten des Kanals hat der **Sturm mit Heftigkeit gewütet.** Der Schaden, der auch durch **Ueberschwemmung** entstanden ist, ist groß. **Verschiedene Personen sind ums Leben gekommen.** — Nach einer Meldung aus **Helsingfors** ist der **Dampfer Kustawi** aus Apo im Sturm **gekentert.** Von der 30 Mann starken Besatzung sind **28 ertrunken.**

Einsturz eines Kirchturms.

Esch, 8. November. (TU.) Am Sonntag hielt hier nach Schluß des Gottesdienstes für die Kinder die Lehrerin die Kinder **wegen des Sturmes etwas** in der Kirche zurück. Plötzlich **geriet der Kirchturm ins Wanken, fiel herab** und durchschlug das Kirchdach. **Sechs Kinder waren sofort tot, sechs weitere wurden schwer verletzt** und mehrere erlitten leichtere Verletzungen.

Ein Lehrling als Brandstifter.

Berlin, 8. November. Wie der Lokalanzeiger berichtet, wurde ein **Brandstifter,** durch dessen Tätigkeit sämtliche Bewohner der Nachbarschaft von Coburg seit Wochen in Aufregung versetzt wurden, in der Person eines **15jährigen Korbmacherlehrlings ermittelt.** Außer einer großen Anzahl von Bränden denen beträchtliche Erntevorräte zum Opfer fielen, ist auch der Brand auf der Musterfarm des Herzogs von Coburg von ihm angelegt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Walter Freytag in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

In Dosen aller Grössen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Fabriklager Zeißighaus Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

USPD. Groß-Leipzig

Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, 9. November, abends ½8 Uhr, in der **Großen Eiche: Mitgliederversammlung** verbunden mit **Revolutionsfeier.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fichte. Gesangsaufführungen vor und nach dem Vortrag. Rezitationen. 2. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossinnen, Genossen und Gäste erwartet

Der Vorstand.

Metallarbeiter Verband

Geschäftsstelle: **Volkshaus,** Zeitzer Str. 30, I. r. Bureaustd.: vormittags 8–10, mittags 12–1, abds. 4–6, Sonnabends nur 8–1 Uhr. Tel. 3784

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureaustd. entliehen werden

Krankmeldungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Freitag, den 11. November, abends 6½ Uhr im Volkshaus

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl der 3 Delegierten zur Bezirks-Konferenz.
2. Verbandsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches.

Die Ortsverwaltung.

Betriebsräte und Obleute

Montag, den 14. November 1921, findet die

Urwahl der Delegierten zum Reichs-Betriebsräte-Kongreß

statt. Gewählt wird von **3–6 Uhr** in folgenden Lokalen:

Westen: Gambrinus, Leutzsch, Hauptstraße Zwei Linden, Karl-Heine-Straße
Osten: Grüne Aue, Anger, Bernhardstraße 26
Norden: Rickaus Ausschank, Elsbethstraße
Zentrum–Süd: Volkshaus.

Wahlberechtigt sind alle aktiven Betriebsratsmitglieder und Obleute, welche bei der Wahl ihr Verbandsbuch und die **rote Ausweiskarte** des Metallarbeiterverbandes vorzeigen können. Es ist Pflicht eines jeden, sich an der Wahl zu beteiligen.

Bauschlosser. Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr: **Oeffentliche Bauschlosserversammlung** im Volkshaus (Kolonnade). 1. Bericht über die Verhandlung mit der Innung und Stellungnahme dazu 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Die Branchenleitung.

Handwerker in der Textilindustrie.

Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Nebensaal rechts. Erscheinen aller ist dringend erforderlich.

Oeffentliche Wählerversammlungen

Probstheida. **Feldschlößchen.** Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr: **Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl u. der 9. November.** Referent: Redakteur Marchlowitz.

Dölzig. **Gasthof zum Goldnen Hirsch.** Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr. Referent: Lagerhalter Zausch.

Dölitz. **Reiter.** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl und ihre Bedeutung für die Volksschule.** Referent: Stadtverordneter W. Freytag.

Eutritzsch. **Goldener Helm.** Donnerstag, d. 10 November, abends ½8 Uhr: **Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl.** Referent: Stadtverordneten-Kandidat Kaufmann Paul Plotke.

Schönefeld. **Gesellschaftshaus.** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Ein letztes Wort.** Referent: Kultusminister H. Fleißner-Dresden.

Kleinzschocher. **Terrasse.** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Ein letztes Wort.** Referent: Stadtverordneter Hermann Liebmann.

Mockau. **Aula der 23. Volksschule.** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Ein letztes Wort.** Referent: Reichstagsabgeordneter A. Bruchardt.

L.-Plagwitz. **Westendhallen (Zschochersche Str.).** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Die Gemeindeverfassungsreform eine Notwendigkeit und die USPD.** Referent: Minister Richard Lipinski.

L.-Connewitz. **Goldene Krone.** Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr: **Die Stadtverordnetenwahl und ihre Bedeutung.** Referent: Reichstagsabgeordneter Fried. Seger.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennenzulernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Vorträge • für Hausfrauen

über die Verwertung des bisher beim Kochen nutzlos verloren gegangenen Dampfes. **Enorme Gasersparnis.** Kein Überlaufen, kein Anbrennen mehr, alles kocht ohne Aufsicht und ohne vorheriges Ankochen schneller wie bisher. Grössere Schmackhaftigkeit und leichtere Verdaulichkeit aller Speisen; kein Dunst mehr in der Küche u. a. m.

Donnerstag, den 10. November, nachm. 3 Uhr und abends ½8 Uhr im grossen Saale des „Volkswohl", Löhrstrasse 7

Vorführung der patent. Columbus-Dampfhaube.

Kochen eines Mittagessens. 5 Speisen auf einer Flamme in 1 Stde. 10 Min. mit nur 35 Pfg. Gas.
Braten von Geflügel und gleichzeitig Dämpfen von Kartoffeln, Makkaroni und Obst.
Backen eines Napfkuchens in einer ½ Stde. mit nur 35 Pfg. Gas.
Sterilisieren in 5 Gläsern und Flaschen mit nur 40–45 Pfg. Gas. Niemals kann ein Glas zerspringen.
Kaffee unter der Columbus-Dampfhaube hocharomatisch, fein und glanzhell.
Eis unter der Columbus-Dampfhaube in ¾ Stde. von selbst fertig ohne Rühren.
Kostproben von allem umsonst.

Man komme und staune! Wer unter der Columbus-Dampfhaube kocht, bratet, backt und sterilisiert, kann während der Zeit spazierengehen und spart Gas. —

Eintritt frei! — Reservierte Plätze kostenlos bei:

Thügina
Thüringer Gasgesellschaft — Installations-Abteilung
Leipzig, Dittrichring 15. Fernruf 3985, 4685, 9034.

Sangesfreudige Arbeitsbrüder und Schwestern des Aeußeren Südens!

Gebt euerm sorgenvollen Leben mehr freudigen Inhalt, veredelt Herz und Gemüt durch den Gesang mit Gleichgesinnten Eurer Klasse, also kommt zu uns!

Uebungsstunden finden statt:

Gemischter Chor Dienstag 8–10 Uhr im Park Dölitz, gegenüber dem Reiter.

J. A.: Wilke.

Brandis, Kämmerei u. Umg.

Die gesamte organisierte Arbeiterschaft wird aufgefordert, **Mittwoch, den 9. November, abends ½8 Uhr** im **Goldenen Stern, Brandis,** an der

Revolutions-Feier

teilzunehmen. Gesangsvorträge, Prolog, Festrede.

U. S. P. D. K. P. D. Geworkschaftsausschuß.

Wer organisiert und übernimmt den Einkauf von alten verzinnten

Konservendosen

für Leipzig und Umgegend?

Aeußerst günstige Gelegenheit für Kleinhändler mit Fuhrwerkbetrieb und Lagerplatz. Offert. unter E. N. 3928 an Alaa-Haasenstein & Vogler in Essen

*

Grosslager Popp

gegr. 1803 **Leipzig** gegr. 1803
Panorama, Rossplatz 5
Filiale
Mädler-Passage
Neumarkt 14

Kinderwagen
Gelegenheitskauf
in
Puppenwagen
Kindermöbel
Korbwaren

Es empfiehlt sich, jetzt schon **für Weihnachten** zu kaufen, da sämtliche Lagerbestände noch ohne Preisaufschlag verkauft werden.

Trotz der Frachterhöhung
◆ Wurzelstöcke ◆
ganz trocken, ofenfertig . . . . . à Ztr. **15** Mk
alter Preis.
Paul Hachenberger Tel.: 4161.
Dresdn Bahnh. Ladestr. IV

Zahn-Praxis
G. Leo
Grimmaische Str. 27
Erstklass. Ausführung
Schonende Behandlung
Billige Preise. Tel. 9830.*

Amtliche Bekanntmachungen.

Gemeindevertreterwahl in Großdeuben.

Die Gemeindevertreterwahl findet **Sonntag, den 27. November 1921,** von vormittags 9 Uhr bis abends 6 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle" statt. Die Wählerliste liegt vom **9. bis 16. November 1921** im Gemeindeamte zu den üblichen Geschäftsstunden öffentlich aus.

Einsprüche gegen die Wählerliste sind spätestens bis zum **16. November 1921** bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande schriftlich oder zu Protokoll unter Vorbringung der Beweismittel zu erheben.

Bis längstens zum **12. November 1921** sind beim Gemeindevorstande Wahlvorschläge in Listenform einzureichen.

Alles Nähere über die Wahl geht aus dem ausführlichen Wahlanschlag in dem Bekanntmachungskasten der Gemeinde und an sonstigen Aushangstellen hervor, worauf hiermit besonders aufmerksam gemacht wird.

Großdeuben, den 7. November 1921.

Der Gemeindevorstand.

Arbeiter-Schwimm-Verein, Leipzig.

Mittwochabend fällt die Uebungsstunde im Dianabad aus. **Der Vorstand.**

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Familien-Nachrichten

In der Nacht vom Sonntag zum Montag verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Onkel und Großvater

Christian Fürchtegott Findeisen

im Alter von 75 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

L.-Lindenau, den 7. November 1921
Lützner Straße 20, II. I.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 10. November, vorm. ½11 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Am 6. November, abends ½9 Uhr, entschlief nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine gute Mutter, unsere liebe Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau verw. Therese Tippner geb. Schrumpf

im 65. Lebensjahre.

L.-Plagwitz, 6. 11. 21, Merseburger Straße 2, III.

Otto Tippner
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Donnerstag, den 10. November, nachm. 3 Uhr, auf dem Plagwitzer Friedhof statt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. November.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I. Mittwoch, den 9. November, abends ½8 Uhr, bei Donath, Promenadenschlößchen, Zusammenkunft der Funktionäre und arbeitsfreudigen Mitglieder.

Neudnitz. Funktionäre, Elternräte, Arbeitersportler sowie alle, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, treffen sich Donnerstag, den 10. November, ½8 Uhr abends, zu einer wichtigen Zusammenkunft im Restaurant Harmonie, Rathausstraße 9.

Ortsverein Taucha. Morgen, Mittwoch, gleich nach der Revolutionsversammlung, findet eine Funktionärsitzung im Goldnen Löwen statt. Der Vorstand.

Ortsverein L.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Die Funktionäre und arbeitsfreudigen Mitglieder von Schleußig treffen sich Mittwoch, den 9. November, abends ½8 Uhr, nicht in den Westendhallen in Plagwitz, sondern im Restaurant Stadt Rochlitz, Schleußig, Rochlitzer Straße.

Thonberg-Reureudnitz. Dienstag, den 8. November, abends 7 Uhr, bei Kresse, Stötteritzer Straße 7, Zusammenkunft aller Funktionäre und Funktionärinnen sowie aller arbeitsfreudigen Mitglieder, die sich bei der Wahlarbeit betätigen wollen.

Stötteritz. Heute. Dienstag, 8. November, Wahlarbeit im Restaurant Kleines Volkshaus, Zuckelhäuser Straße. Donnerstag, 10. November, wichtige Funktionärsitzung. Abrechnung der Karten zum Lichtbildervortrag. Alle Genossen und Genossinnen, welche am Wahltage sich betätigen wollen, müssen erscheinen.

Gohlis. Alle Genossen, Genossinnen sowie Jugendliche, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen, werden für Freitag, den 11. November, nachmittags ½5 Uhr, zu einer kurzen Besprechung gebeten. Am Sonntag, dem 13. November, früh ½8 Uhr, müssen alle Wahlhelfer im Brauerei-Ausschank Rickau zur Stelle sein.

Ortsverein Großzschocher-W. Mittwoch, den 9. November, Revolutionsfeier im Gasthof zum Trompeter. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Schule.

Connewitz. Der Kindernachmittag fällt morgen, Mittwoch, aus. Abstempeln nicht notwendig!

Lößnig. Freitag, 7 Uhr, Sitzung aller Funktionäre und Wahlhelfer. Alle Mitglieder, die bei der Wahl Parteiarbeit leisten wollen, müssen erscheinen. — Die Kinder treffen sich Mittwoch, ½2 Uhr, am Stern zum Besuch des Puppentheaters.

Dölitz-Dösen. Dienstag, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Park Dölitz. Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, müssen in dieser Sitzung erscheinen.

USPD. Metallarbeiter. Arbeitsausschuß und Obleute. Mittwoch, den 9. November, nachmittags 5 Uhr, wichtige Sitzung im Speisesaal der Volkszeitung. Verbands- und Parteibuch legitimiert.

Gewerkschaftsgenossen!

Am 13. November 1921 finden die Wahlen der Stadtverordneten statt. Die Gewerkschaftsmitglieder sind in erster Linie daran interessiert, daß eine Arbeitermehrheit im Stadtparlament zustande kommt. Davon hängt eine Reform und der Ausbau aller sozialen Einrichtungen der Gemeinde ab. Kein Gewerkschaftsmitglied darf an diesem Tage zu Hause bleiben. Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Um eine Kontrolle für die Wahlbeteiligung der Gewerkschaftsmitglieder zu erhalten, sind sofort Kontrollscheine im Kartell oder Verband zu entnehmen, die am Wahltage vor dem Wahllokal von Beauftragten des Gewerkschaftskartells abgestempelt werden.

Die Stimmabgabe der Familienmitglieder ohne eigenen Erwerb, die keiner Gewerkschaft angehören, wird auf dem Kontrollschein des Haushaltungsvorstandes besonders vermerkt.

Die Kontrollscheine müssen die Betriebsräte und Funktionäre am Tage nach der Wahl einsammeln und betriebsweise an das Kartell, Gerberstraße 1, oder an den Verband abliefern. Gewerkschaftsgenossen, tut eure Pflicht! Sorgt für restlose Beteiligung an der Wahl!

Holt Kontrollscheine!

Gewerkschaftskartell Leipzig.

Nur die Geldmittel der Bourgeoisie

nicht die Macht ihrer Ideen ermöglichen es ihr, bezahlte Handlanger zu finden, die ihr die Wahlarbeit verrichten, die die Interessen der Ausbeuter und Wucherer der Wählerschaft vergeblich als die Interessen der Allgemeinheit aufzureden suchen.

Die Opferwilligkeit des Proletariats

das seinen Klassenkampf mit größter Energie im Interesse der gesamten Bevölkerung gegen die Bourgeoisie führt, wird ihr Bemühen zuschanden machen. Sie wird auch in diesem Jahre

die Mittel aufbringen

die notwendig sind, um den Wahlkampf zu führen.

Proletarier! Dieser Wahlkampf ist entscheidend für die künftige Gestaltung der Gemeindepolitik. Die Unabhängige Sozialdemokratie muß als die stärkste Fraktion an der Spitze einer

sozialistischen Mehrheit

aus dem Kampfe hervorgehen.

Agitiert in den Werkstätten und Betrieben, bei den Arbeits- und Hausgenossen unablässig für die unabhängigen Kandidaten und

schafft Wahlpulver für die U. S. P.!

Aus der Kommunalpolitik.

(Uebernahme der Straßenbahn in städtischen Betrieb.)

In der Stadtverordnetensitzung vom 19. Februar 1919 stand eine Ratsvorlage über die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise zur Beratung. Die Unabhängigen ließen durch ihren Fraktionsredner, Genossen Dietze, erklären, daß sie die Erhöhung ablehnen, weil sie vom Rat **eine Vorlage über die Verstadtlichung der Straßenbahn verlangen.** Im gleichen Sinne äußerte sich der Rechtssozialist Pollender.

Unter dem Druck der Ablehnung dieser Fahrpreiserhöhung hatten sich die Aktionäre der Straßenbahn bereit erklärt, der Verstadtlichung der Straßenbahn ernstlich näherzutreten; vorher war gesagt worden, es bestehe bis 1940 überhaupt keine Möglichkeit, die Straßenbahn in städtischen Betrieb zu übernehmen. Nachdem die Straßenbahngesellschaft sich zur Verstadtlichung bereit erklärt hatte, stimmten die Stadtverordneten der geforderten Fahrpreiserhöhung am 26. März 1919 zu.

Die Verhandlungen über die Verstadtlichung der Straßenbahn haben sich bis zum Herbst 1919 hingezogen. Im Frühjahr 1919 gingen die Wogen der Revolution noch so hoch, daß die Kapitalisten sich unsicher fühlten; sie fürchteten allgemein eine Enteignung der Betriebe, ohne Entschädigung dafür zu erhalten. Aus diesen Gründen waren die Straßenbahnaktionäre geneigt, ihr Eigentumsrecht unter verhältnismäßig für die Stadt günstigen Bedingungen abzutreten. Vom Frühjahr bis zum Herbst 1919 war aber die Reaktion in ganz Deutschland schon wieder so gestärkt, daß die Aktionäre Morgenluft witterten und im Herbst der Verstadtlichung größere Schwierigkeiten bereiteten als im Frühjahr. Da aber die Verhandlungen über die Verstadtlichung inzwischen bereits bis zur Unterschrift der Verträge abgeschlossen waren, halfen auch die Winkelzüge der Aktionäre nichts mehr.

In der Stadtverordnetensitzung vom 26. November 1919 wurde dem Vertrage über die Verstadtlichung der Straßenbahn zugestimmt. Zur Deckung der an die Gesellschaft zu zahlenden Entschädigung von 20,4 Millionen Mark und zur Beschaffung eines

Revolutions-Feier

Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, finden in Leipzig

7 große öffentl. Versammlungen

statt, mit der Tagesordnung:

„Der 9. November und die Arbeiterklasse."

Nach den Versammlungen:

Demonstration

auf dem Augustusplatz.

Die Feier wird veranstaltet vom

Gewerkschaftskartell Leipzig.
Hauptvorstand Groß-Leipzig der USP.
Hauptvorstand Groß-Leipzig der KPD.
Hauptvorstand Groß-Leipzig der SPD.

Am 9. November wird also das gesamte Leipziger Proletariat eine

gemeinsame Demonstration

veranstalten.

Rüstet daher zu dieser Feier!

Demonstriert durch Arbeitsruhe

Die Kundgebung dient der Sicherung der demokratischen Republik, der Verteidigung und Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

Es wird demonstriert

gegen die Reaktion, für Freiheit u. Fortschritt

Männer und Frauen! Beteiligt euch in Massen an der Revolutionsfeier!

vorläufigen Betriebskapitals wurde die Ausgabe einer 4½prozentigen Anleihe in der Höhe von 25 Millionen Mark beschlossen. Der Referent, Stadtv. Dr. Junck, hob in seinem Bericht hervor, daß die Stadt in alle Vertragsverhältnisse der Gesellschaft als Vertragspartei eintrete. Die Angestellten sollten zunächst nicht die Beamteneigenschaft erhalten, sondern im Privatverhältnis stehen bleiben. Der Mittelständler Vollerhoff als „prinzipieller Gegner aller Verstadtlichung" und der deutschnationale Professor Dr. Bennewitz erklärten sich gegen die Ratsvorlage, auch die übrigen bürgerlichen Vertreter stimmten für die Verstadtlichung.

Verstadtlichung und Fahrpreiserhöhungen.

Die Gegner der Verstadtlichung haben seither bei jeder Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises als Grund dieser Erhöhung die Verstadtlichung angeführt. Diesem Gerede, das nur für die Dummen berechnet ist, trat sogar der Oberbürgermeister Dr. Rothe, der doch gewiß keinerlei sozialistische Anwandlungen hat, in öffentlichen Stadtverordnetensitzungen mehrfach entgegen. Die Fahrpreiserhöhungen wären selbstverständlich auch ohne Verstadtlichung gekommen, wie ja auch auf allen andern Gebieten fortgesetzt Preissteigerungen eingetreten sind.

Straßenbahnfahrpreise.

Seit der Aufgabe des 10-Pfennig-Tarifs im Februar 1918 ist der Fahrpreis achtmal erhöht worden. Jede Erhöhung bedeutet für die Aermsten der Bevölkerung eine weitere Verteuerung ihrer Lebenshaltung; denn was die Arbeiter von ihrem Lohn für die Straßenbahn auszugeben gezwungen sind, das müssen sie an einer andern Stelle bei notwendigen Ausgaben abzwacken. Es ist ja nicht so, daß Arbeiter, Beamte, Angestellte usw. auf die Benutzung der Straßenbahn verzichten könnten. Das schließt schon die Ausdehnung des Stadtgebiets aus, durch die diese Gruppen gezwungen sind, die Straßenbahn zur Arbeit und zurück zu benutzen. So schlimm aber auch die Folgen der Fahrpreiserhöhung besonders für Arbeiter, Angestellte, Beamte, kleine Geschäftsleute usw. sind, so ist bisher doch noch kein Weg gefunden, wie das Uebel abgewendet werden könnte. Wenn nicht auf jede Fahrt aus dem allgemeinen Steuersäckel ein Zuschuß geleistet werden soll, so muß der Fahrpreis so bemessen sein, daß die Betriebskosten gedeckt werden.

Aus diesen Gründen hat auch die USP. den Fahrpreiserhöhungen zustimmen müssen, wobei sie aber darauf drang, daß den Minderbemittelten Erleichterungen gewährt wurden.

Am 12. November 1919 stand wieder einmal eine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise im Stadtverordnetenkollegium zur Beratung. Die Unabhängigen erklärten, daß sie unter dem Druck der gestiegenen Betriebskosten der Erhöhung zustimmen müßten, sie machten aber diese Zustimmung davon abhängig, daß für die Arbeiter, die zu ihrer Arbeitsstätte fahren, eine Ermäßigung gewährt wird. Die später eingeführten Arbeiterwochenkarten sind also auf diese Anregung der Unabhängigen zurückzuführen.

Als im Februar 1920 der Straßenbahntarif wieder erhöht wurde, haben die Unabhängigen erneut die Einführung von Arbeiterwochenkarten zu ermäßigten Preisen verlangt.

Ebenso trat die USP. stets energisch für Fahrpreisermäßigung für Kriegsbeschädigte und für Freifahrten für Schwerkriegsbeschädigte ein.

Wünscht die Leipziger Lehrerschaft eine bürgerliche Stadtverordneten-Mehrheit?

Die kommenden Stadtverordnetenwahlen sind deshalb von so großer Bedeutung, weil im nächsten Jahre die Reform der Gemeindeverfassung das Einkammersystem bringen wird. Der Rat ist dann nur noch die ausführende Behörde, die den Beschlüssen der von der Bevölkerung gewählten Stadtverordneten nachzukommen hat. Kommt eine bürgerliche Mehrheit zustande, so wird in Leipzig die alte „bewährte" Schulpolitik weiter getrieben werden, die vor der Revolution bis zum Eintritt einer sozialistischen Mehrheit der Volksschullehrerschaft ein gerüttelt Maß von **Nichtachtung, Zurücksetzungen, Demütigungen und Schikanen** brachte. Unter der Herrschaft des Bürgertums waren die Vertreter der Lehrerschaft im gemischten Schulausschuß nur geduldete Gäste, deren Wortmeldungen kaum beachtet, deren Einwendungen wie eine Anmaßung betrachtet wurden.

Das Bürgertum hat keinen Finger krumm gemacht, diesen unwürdigen Zustand zu ändern und der Stimme der Volksschullehrerschaft Geltung zu verschaffen. Bescheiden mußten die Lehrer hinter den allmächtigen Direktoren zurückstehen.

Unter der **Herrschaft des Bürgertums** war die Lehrerschaft **von** der Mitbestimmung in Schulangelegenheiten **ausgeschlossen.**

Die sozialistische Mehrheit setzte an Stelle der Direktorenkonferenz den **von den Lehrern gewählten Schulbeirat.**

Nicht dem Bürgertum, sondern **der sozialistischen Arbeiterschaft,** nicht der bürgerlichen „Ordnung", sondern dem **revolutionären Willen der Arbeiterklasse** hat die Lehrerschaft das **Selbstverwaltungsrecht in den Schulen** zu verdanken, das sie von der Willkür der Direktoren befreite und aus ihrer unwürdigen Stellung als Untergebene erlöste.

Bei der Beratung der **Fortbildungsschule** für Mädchen **stimmte das gesamte Bürgertum** unter Führung **des** Direktors Röllig **für das Direktorialsystem!** Die Deutschnationalen und die Mittelständler sind aus Prinzip für die Aufrechterhaltung dieser Sorte „Autorität" und die „Demokraten" verfügten wie immer so auch diesmal über keine Prinzipien.

So sieht das Verständnis und der gute Wille aus, die das Bürgertum Lehrerforderungen entgegenbringt.

Das hat sich vor allem auch bei den Kämpfen um die Befreiung der Schule von der Herrschaft der Kirche gezeigt.

Die unabhängige Sozialdemokratie war die einzige Partei, die im Parlament und in der Oeffentlichkeit den **Kampf der Lehrer für die Weltlichkeit der Schule und für Gewissensfreiheit** zu einem Kampfe des Proletariats gemacht und mit leidenschaftlicher Energie geführt hat.

Das demokratische Bürgertum war zu feig, für die Freiheit der Volksschule und der Lehrer einzutreten.

Keine einzige bürgerliche Partei hat sich für die weltliche Schule erklärt.

Keine bürgerliche Partei hat ihre Wähler abzuhalten versucht, bei den Elternratswahlen christliche Stimmzettel abzugeben.

Alle bürgerlichen Zeitungen öffneten ihre Spalten den Artikeln der Christlichen, in denen die Lehrer verdächtigt und beschimpft wurden.

Nur die sozialistische Arbeiterschaft stand unter der Führung **der Unabhängigen Sozialdemokratie** zu den Lehrern.

Und jetzt lassen sich führende Personen des Leipziger Lehrervereins, die Herren Billhardt und Wehner, die beim Kampf um die weltliche Schule an erster Stelle standen, als Kandidaten der Demokratischen Partei aufstellen! Einer Partei, die in Weimar durch das Schulkompromiß die deutsche Volksschule mit verraten hat und sich schließlich — halb warm, halb kalt — für die gerade von Billhardt und Wehner selbst so bekämpfte **Gemeinschaftsschule** entschied.

Wenn die Lehrerschaft diesen Führern folgt, wird ihre Enttäuschung über die Demokratische Partei riesengroß werden.

Eine bürgerliche Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium bedeutet Verwirklichung des Schulsparprogramms des Städtetages, nämlich:

Erhöhung der Zahl der Stunden für die Lehrer.
Erhöhung der Klassenstärken.
Ermäßigung statt Erhöhung der Aufwendungen für Lehrmittel und dergleichen.
Steigerung des Arbeitsmaßes der Lehrkräfte.
Verzicht auf neue Schulbauten.
Verzicht auf die dringend notwendige Lernmittelfreiheit.

Lehrer! Es waren **Bürgerliche,** die auf dem Städtetag diese Forderungen vertraten! Deutschnationale und Demokraten wollen durch eine solche Sparpolitik die Volksschullehrer und -Kinder die Folgen des verlorenen Krieges entgelten lassen! Sie werden diese auch vom Rat beabsichtigte Sparpolitik in jeder Weise unterstützen!

Nur der Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie garantiert dem Lehrerstand die Freiheit der Lehre, die Rechte, die ihm die Revolution gebracht hat, und die Stellung, die seiner Bedeutung für die Nation entspricht.

Wer einer bürgerlichen Mehrheit zum Siege verhilft, schädigt die Schule und die gesamte Lehrerschaft!

Aus dem Wahlkampf.

Die Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste und die Demokraten haben sich miteinander verbunden; sie gehören ja auch zusammen. Der Wahlvorschlag der Rechtssozialisten trägt die Nr. 1, er enthält 35 Namen, darunter 3 Frauen (eine in aussichtsreicher Kandidatur). Der Wahlvorschlag der Unabhängigen enthält 49 Namen, darunter 8 Frauen (fünf in aussichtsreicher Kandidatur). Nr. 3 ist die Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste mit 78 Namen, darunter 9 Frauen (zwei in aussichtsreicher Kandidatur, auch eine Arbeiterin haben die Herrschaften mit aufgestellt, aber erst an 75. Stelle — 72 Stadtverordnete gibt es nur). Der vierte Wahlvorschlag ist der von der Demokratischen Partei mit 40 Namen, darunter 5 Frauen (eine in aussichtsreicher Kandidatur). Die Liste der Kommunisten trägt die Nr. 5 mit 60 Namen, darunter 7 Frauen (eine in fast aussichtsreicher Kandidatur). Der 6. Wahlvorschlag ist der von der Deutsch-sozialistischen Partei mit 12 Namen, darunter 2 Frauen. Die ganze Liste

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hat keinen aussichtsreichen Kandidaten. Es scheint, daß die Deutsch-Sozialisten und die Kommunisten aus Versehen ihre Mitgliederlisten als Kandidatenlisten eingereicht haben.

Die Kommunisten fordern in ihrem Flugblatt unter anderm auch: „Kommunalisierung der Gas- und Elektrizitätsversorgung." Wir Unabhängigen waren bisher kommunalpolitisch so eingestellt, daß wir diese Forderung für Leipzig nicht erhoben, weil wir der Ansicht sind, daß diese Forderung in Leipzig durchgeführt ist. Es ist erfreulich, festzustellen, daß der Rote Kurier am 5. November schrieb: „Das bisherige Uebergewicht des proletarischen Elements im Stadtverordnetensaal hinderte den Rat, die Betriebsräte wirkungslos zu machen." Völlig einverstanden.

Ratsbeschlüsse.

Höhere Gebühren in den städtischen Krankenhäusern. Der Rat hat beschlossen, die täglichen Verpflegsätze in den städtischen Krankenhäusern wie folgt festzusetzen: Im Krankenhaus St. Jakob in der allgemeinen Abteilung, für Einheimische auf 25 Mark (bisher 15 Mark), für Auswärtige auf 40 Mark (bisher 24 Mark); in der Abteilung für Privatkranke für Einheimische auf 65—70 Mark (bisher 40—45 Mark), für Auswärtige auf 75—80 Mark (bisher 50—60 Mark). Für das Krankenhaus St. Georg gelten die gleichen Verpflegsätze; dazu kommt noch die mittlere Verpflegklasse, in die nur Einheimische aufgenommen werden, mit 40 Mark für 1 Zimmer mit 1 Bett (bisher 25 Mark) und 35 Mark für das Bett eines mehrbettigen Zimmers (bisher 22 Mark). Im Kinderkrankenhaus sind die Verpflegsätze erhöht worden in der allgemeinen Abteilung auf 25 Mark für Einheimische, auf 38 Mark für Auswärtige, in der mittleren Verpflegsklasse auf 35 Mark für Einheimische, auf 55 Mark für Auswärtige, und in der Privatstation auf 65 Mark für Einheimische und auf 75 Mark für Auswärtige. — Die Stadtverordneten werden um Zustimmung gebeten.

Gewährung der erhöhten Gehälter und Löhne ohne Zustimmung der Stadtverordneten. Der Rat bittet die Stadtverordneten um grundsätzliche Zustimmung, daß er, wenn die Bezüge der städtischen Beamten, Angestellten und Hilfsangestellten auf Grund der besonderen gesetzlichen Vorschriften geändert werden müssen, die veränderten Bezüge auszahlt, ohne daß er vorher die Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums einzuholen braucht. Desgleichen werden die Stadtverordneten ersucht, zu genehmigen, daß alle Lohnerhöhungen, die vom Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden beschlossen werden, sofort an die Arbeiterschaft ausgezahlt werden, ohne daß es ihrer vorherigen Zustimmung bedarf.

Einmaliger Vorschuß für Arbeiterruhelohnempfänger. Den Arbeiterruhelohnempfängern und den Witwen städtischer Arbeiter sollen nach einem Ratsbeschluß je 300 Mark und den Waisen städtischer Arbeiter je 50 Mark als einmaliger weiterer Vorschuß auf die nach der neuen Ruhelohnordnung zu erwartenden Bezüge ausgezahlt werden. Den hierdurch entstehenden Aufwand von rund 241 000 Mark will der Rat zu Lasten der Ruhelohnrücklage bewilligen. — Die Stadtverordneten werden um Zustimmung ersucht.

Mietsteigerung in den Meyerschen Häusern!

Am 1. November 1921 wurde ein Teil der Bewohner der Meyerschen Häuser, Kolonie Kleinzschocher, wieder einmal mit einer Mietsteigerung beglückt, „weil sich andre Mieter wiederholt beschwert haben sollen, daß die Mieter in den Meyerschen Häusern zu billig wohnen". Der Zweck der Uebung ist klar. Die Mieter sollen sich gegenseitig zerfleischen. In einer Versammlung wurde der Verwaltung die richtige Antwort gegeben. Die bestehende Kommission erhielt den Auftrag, der Verwaltung folgende Entschließung zu unterbreiten: „Die am 6. November 1921 in Mätschkers Festsälen versammelten Mieter der Meyerschen Häuser lehnen eine Mietsteigerung ab, da die Verwaltung eine Verhandlung mit der bestehenden Kommission in dieser Angelegenheit nicht geführt hat. Außerdem ist die Verwaltung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, die in letzter Zeit herausgegeben wurden, dazu nicht berechtigt, da die Steigerung bis 15. September 1921 eingereicht sein mußte.

Die Mieterräte."

Eine Sitzung **der Stadtverordneten** findet am Freitag, dem 11. November, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird sich mit dem Haushaltungsplan beschäftigen und außerdem beraten über Erhöhung der Löhne der jugendlichen Arbeiter, Erhöhung der Kinderbeihilfen für Arbeiter, über Erhöhung des Tarifs der Leipziger Düngerexport-Aktiengesellschaft, über eine Eingabe wegen der Unterstützung der Sportvereine, über eine Eingabe wegen Erhöhung des Beitrags an das Deutsche Museum für Buch und Schrift, über die Rückäußerung des Rates wegen des Personalbestands (ausschließlich der Arbeiter) und wegen der Maßnahmen zu ihrer Verringerung, über die Auszahlung erhöhter Gehälter und Löhne ohne vorherige Zustimmung der Stadtverordneten, über die Auszahlung eines weiteren Vorschusses an die Arbeiter-Ruhelohnempfänger, über die Rückäußerung des Rates wegen Erhöhung des Entschädigungssatzes für die Beisitzer des Einigungsamts sowie des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, über den 28. Nachtrag zur Vergnügungssteuer für die Stadt Leipzig.

Verkauf von Schokoladen, Pralinen usw. an Sonntagen. Das Gewerbeamt teilt mit: Immer wieder ist die Wahrnehmung zu machen, daß an Sonntagen in Konditoreien, Bäckereien (Backwarengeschäften) in der Zeit, während diese Läden offengehalten werden dürfen, sowie in Cafés über die Straße Schokolade, Pralinen usw. verkauft werden. Teilweise wird dieser Verkauf in Cafés an Wochentagen auch nach 7 Uhr abends noch fortgesetzt. Dies ist nicht zulässig. In Cafés dürfen diese Waren nur an die Gäste zum sofortigen Genuß innerhalb des Cafés abgegeben werden. In Konditoreien, Bäckereien und Backwarengeschäften ist die Abgabe von Schokolade, Pralinen usw. an Sonntagen gänzlich verboten, da diese Waren im allgemeinen darin nicht verkauft zu werden pflegen. Die Aufsichtsbeamten sind zu scharfer Kontrolle angewiesen. Bei Zuwiderhandlung wird unnachsichtlich eingeschritten werden.

P. **Von einem Radfahrer umgerissen. Zeugen gesucht!** Donnerstag, den 13. Oktober, vorm. gegen ½12 Uhr, ist auf dem Tröndlinring gegenüber dem Hotel Fürstenhof ein 61 Jahre alter Mann von einem jugendlichen Radfahrer umgerissen worden und hat dabei einen Armbruch erlitten. Der Radfahrer ist ebenfalls zum Stürzen gekommen, ist aber dann, wahrscheinlich ohne irgendwelche Verletzungen davongetragen zu haben, weitergefahren, ohne daß seine Personalien festgestellt werden konnten. Diejenigen Personen, die über den Hergang des Unfalles genaue Angaben machen können, insbesondere auch solche, die zur Ermittlung des Radfahrers führen könnten, werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Kostenlose Vermittlung von Hausangestellten — Schlichtungsausschuß für die Hausangestellten. Der Städtische Arbeitsnachweis, Abteilung für die Hausangestellten, Gerberstraße 3, Erdgeschoß, Fernsprecher: 553, 6958, 12 205, 15 170/71, vermittelt weibliche Hausangestellte aller Art völlig kostenlos. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß beim städtischen Arbeitsnachweis Seeburgstr. 14/20, zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Angestelltenverhältnis ein Schlichtungsausschuß für die Hausangestellten besteht, der sich aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je einer Vertreterin der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt und nach Bedarf zusammentritt.

Ein Gayal im Zoologischen Garten. Vor einer Woche ist im Zoologischen Garten ein männlicher Gayal eingetroffen, ein überaus eindrucksvolles Stück. Das stattliche Tier ist eine wertvolle Ergänzung des bisherigen Rinderbestandes und in der Nähe der Wasserbüffel, Bisons, Steppenrinder und Zebus untergebracht worden. Den Namen „Stirnrind" (Bibos frontalis Lamb.) verdient es. Eine mächtige Stirnplatte, noch verbreitert durch die geraden, kegelförmigen, in der Stirnebene abstehenden Hörner, zeichnen das Tier aus. Dessen voller, schwarzgefärbter Rumpf und sein ruhiges Benehmen vollenden den Charakter des Schweren, Massigen. Und dabei wird als Heimat des Gayals, von dem noch nicht sicher ist, ob er nicht nur eine gezähmte Form des Gaurs ist, das indische Bergland östlich vom Brahmaputra angesprochen. Er soll dem Yak im Klettern nichts nachgeben. Den Menschen greift er nicht an, soll sich aber des Tigers, Panthers erfolgreich erwehren. Die wilden Gayals werden von den Eingeborenen mit Salz angelockt und durch bereits zahme Tiere allmählich an den Menschen gewöhnt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Die Sangesbrüder der Männerchöre nehmen morgen, Mittwoch, zur Demonstration am Neuen Theater Aufstellung. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Männerchor L.-West und Zentrum-Süden. Mittwochabend, pünktlich 7 Uhr, zur Revolutionsfeier im Volkshaus zur Mitwirkung.

Der Kantor.

Fleischverkauf an der Freibank. Freibank I Nr. 2001—4500. Freibank II Nr. 2801—3000 und 1—1300. Dann freier Verkauf ohne Marken.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

Vom 10. bis 15. November werden auf die Marke 18 der vom 26. September bis 25. Dezember geltenden Brotmarke 150 Gramm Weizengrieß für 75 Pfg. verausgabt.

Die Lieferung erfolgt nur an die Händler, welche früher rote Warenbezugskarten beliefert haben. Die Berechnung des Quantums geschieht nach den früheren Verteilungen.

Oetzsch. Am 4. Oktober d. J. hielt der Oetzscher Gewerbeverein seine diesjährige Generalversammlung ab; bei dieser Gelegenheit hielt auch Herr Klempnermeister Otto Kärner eine Rede, welche aber für den Hausbesitzerverein geeignet gewesen wäre. Es ist derselbe Herr Kärner, der vor kurzer Zeit in einer Mieterversammlung nach seiner eigenen Behauptung kein Hausbesitzer ist, jedoch dann selbst zugab, daß seine Ehefrau zwei Häuser besitzt. Er kam zwar erst in später Stunde und forderte in seiner Rede die Anwesenden auf, bei der nächsten Wahl nur rechts zu wählen, da wir kleinen Gewerbetreibenden nach seiner Auffassung nur Hilfe von rechts erwarten könnten. Ich möchte Herrn Kärner doch den guten Rat geben, wenn er nicht mehr von der jetzigen Zeit gelernt hat, doch lieber zu schweigen, denn wir kleinen Gewerbetreibenden wissen doch nur zu genau, was wir zu tun haben. Seine Rede roch sehr nach Hausbesitz und Reaktion und zeugt von politischer Unreife.

Ein Kleingewerbetreibender, der auf Hilfe von rechts verzichtet.

Engelsdorf. Elternabend. Donnerstag, den 10. Nov., abends ½8 Uhr, im Saalsaale Vortrag: Vom guten und schlechten Jugendbuch, von Lehrer Uhlemann. Vor- und nachher Gedichte und Kinderchöre. Alle Erwachsenen sind eingeladen. — Bücherausstellung mit Buchverkauf Sonntag, den 13. und Mittwoch (Bußtag), den 16. Nov., in der Schule (Handarbeitszimmer). Offen an beiden Tagen von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr.

Lehrerschaft und Elternrat.

Die eine reaktionäre Masse

Demokraten und Wirtschaftliche Vereinigung sind

Listenverbindung

eingegangen.

Der Feind der weltlichen Schule **Pfarrer Jeremias** und der Verleidiger der weltlichen Schule **Lehrer Billhardt,** der Innungsobermeister **Bollerhoff** und der Gewerkvereinssekretär **Sauer,** die fromme **Frau Ackermann** und die „freigeistige" **Frau Mendelssohn-Bartholdy,** der Antisemit **Börner** und der jüdische Bankier **Meyer** —

wenn es gegen Arbeiter und Angestellte geht, sind sie alle ein Herz und eine Seele.

Wähler und Wählerinnen! Treibt die Handlanger des Wucher-, Mucker- und Ausbeuertums zu Paaren und wählt geschlossen die Liste

Seger-Liebmann-Nüchtern.

ma. **Taucha.** Die Revolutions-Gedenkfeier findet morgen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, im Goldnen Löwen statt. Veranstaltet wird die Feier von der USP., KPD. und dem Gewerkschaftskartell. Wir erwarten von der Arbeiterschaft, daß sie sich restlos an dieser Veranstaltung beteiligt. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Betriebe um 1 Uhr schließen, um jedem Gelegenheit zu geben, sich an der Veranstaltung zu beteiligen.

Liebertwolkwitz. Revolutionsfeier. Mittwoch, abends ½8 Uhr, im Gasthof zum schwarzen Roß Revolutionsfeier, bestehend in Gesang, Ansprache und Rezitation. Vollzähliges Erscheinen aller ist Pflicht.

Der Vorstand des Ortsvereins USP.

Liebertwolkwitz. Berichtigung. Die Buchstaben A bis K, 1. Bezirk, wählen nicht im Gasthof zum schwarzen Roß, sondern im Gasthof zu den drei Linden. Den 2. Wahlbezirk bilden die Buchstaben von L bis Z und wählen im Gasthof zum schwarzen Roß. Arbeiter und Arbeiterinnen, tut am Wahltage eure Pflicht und wählt die Liste der USP.

Liebertwolkwitz. Oeffentliche Wählerversammlung der USP. Genosse Dennhardt referierte über die Frage: Was konnten die bisherigen Gemeindevertreter unter den gegenwärtigen Verhältnissen leisten und welche Aufgaben stehen denselben in Zukunft bevor. In klaren Ausführungen beleuchtete der Referent die zu erfolgreicher Arbeit nötigen Vorbedingungen, vor allen Dingen bedarf es dazu einer freiheitlichen Ausgestaltung der Gemeindeverfassung, gegen die heute schon von der Reaktion Sturm gelaufen wird. Als dringendste Aufgabe empfahl der Redner Durchführung der Regiearbeit im weitesten Sinne, Förderung der Gesundheitspflege, Uebernahme der Totenbestattung durch die Gemeinde usw. Aus all diesen Gründen ist es für die Einwohnerschaft durchaus nicht gleichgültig, wer in Zukunft den Ausschlag im Gemeinderat besitzt, zumal die bürgerlichen Vertreter einem Fortschritt in dieser Beziehung strikte entgegenstehen aus wohlverstandenen Geldbeutelinteressen. Genosse Martin berichtete über die bisherige Tätigkeit der Vertreter der Arbeiterschaft und zeichnete mit scharfen Strichen die Widerstände, die bei jedem nennenswerten Fortschritt gegenüber den Vertretern des Bürgertums zu überwinden waren. Eines der hartnäckigsten Objekte war die Regiearbeit. In einer Zeit der trostlosesten Finanzverhältnisse betrachtete es die bisherige Mehrheit im Gemeinderate als ihre vornehmste Aufgabe, die zur Verfügung stehenden Mittel so rationell wie möglich zu verwenden, und sah in der Durchführung der Regiearbeit, speziell im Bauwesen, wo es sich in der Hauptsache um Gelder aus allgemeinen Steuermitteln handelt, mit eine Hauptaufgabe. Der Grund und Boden, der sich heute im Besitz der Gemeinde befindet, ist nachweislich in Händen der jetzigen Mehrheit als unveräußerlicher Besitz der Allgemeinheit betrachtet worden, sind es doch Goldwerte, es sei denn, daß unverzüglich Wohnungen gebaut würden und das ist auf lange Zeit für das private Baukapital unmöglich. **Jede Wählerin und jeder Wähler hat aus all diesen Gründen am 13. November die unabweisbare Pflicht, für eine Gemeindevertretung zu sorgen, die auch in Zukunft entschlossen für die Interessen der Allgemeinheit eintritt. Gebt eure Stimmen einmütig der Liste**

Martin—Hassler.

Markranstädt. Wählerlisten nachsehen! Dieselben liegen vom 6. bis 12. November im hiesigen Polizeiamt aus. Wer nicht in der Wahlliste steht, geht seines Wahlrechts verlustig. Einsprüche gegen die Wahlliste sind bis zum 22. November anzubringen, wenn sie Berücksichtigung finden sollen.

Stahmeln. In der jetzigen Zeit, wo die Gegenrevolutionäre rüsten, ist es mehr denn je notwendig, daß sich die Arbeiterschaft zusammenschließt. Wie aber der Zersplitterung der Arbeiterschaft Vorschub geleistet wird, zeigt folgender Fall. Die bei Hupfeld beschäftigten Musikarbeiter Berger und Straube haben das Bedürfnis, in den Gemeinderat einzuziehen. Vielleicht mit Rücksicht auf die etwa zu zahlenden Beiträge, aber auch sonst haben sie den Mut noch nicht gefunden, sich einer politischen Organisation anzuschließen. Sind sie doch in dieser Hinsicht weder Fisch noch Fleisch. Herr Berger, der sonst immer als aufgeklärter Arbeiter auftritt, hat dazu beigetragen, daß eine Liste zur bevorstehenden Gemeinderatswahl aufgestellt wird, die sich Liste freier Arbeiter nennt. Daß auf dieser Liste Arbeiter stehen, die alles andere abonnieren, nur keine Arbeiterpresse, stört Herrn Berger nicht. **Aber auch einige Genossen aus der kommunistischen Partei haben ihre Namen mit auf diese bedenkliche Liste bringen lassen. Einwohner von Stahmeln! Sorgt dafür, daß den Zersplitterern der Arbeiterschaft am Wahltage die nötige Antwort erteilt wird, tretet ein für die Kandidaten der USP.**

Sächsische Angelegenheiten.

Wo bleiben die Kartoffeln?

Ein deutschnationaler Wahlköder.

Die Kartoffelnot ist groß und der Wucher blüht. Was soll also die Frage? Die Kartoffeln werden dorthin versandt, wo am meisten bezahlt wird! Je nun — man soll die Agrarier auch nicht unter Gebühr einschätzen. Keine Regel ohne Ausnahme! Zwar sind die Keller der Proletarier leer und bleiben es. Die Sabotage der Landwirte ist offenkundig. Aber sie können auch anders. Hier ein Beweis. Wir gelangten in den Besitz folgenden interessanten Schreibens:

„Deutschnationale Volkspartei.
Bezirksverein der Amtshauptmannschaft Dresden-A.
Geschäftsstelle: Hainsberg, Dresdner Str. 46. Tel. Deuben (21).
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein. Depositenkasse Deuben.

Hainsberg, den 21. 10. 21.

Sehr geehrtes Mitglied!

Hierdurch laden wir Sie ergebenst ein zu der

Freitag, den 28. Oktober 1921, nachmittags 6 Uhr,

in der Bärenschänke, Dresden, Webergasse (Bismarckzimmer oben), stattfindenden Mitgliederversammlung des Bezirksvereins. Tagesordnung: 1. Berichte über die Gründe unsrer steigenden Not. 2. Besprechung unsrer Stellung zur Arbeiterfrage. 3. Organisatorische Fragen. 4. Allgemeines (Anträge). Gleichzeitig sprechen wir den Landwirten der Ortschaften: Goppeln, Gostritz, Babisnau, Niedersedlitz, Welschhufe, Ockerwitz, Somsdorf, Pohrsdorf, Groß- und Klein-Opitz, Ober-Naundorf, Lübau und Vorder- und Hinter-Gersdorf unsern herzlichsten Dank aus für die zum Teil sehr beträchtlichen Kartoffelspenden, die sie auf unsre Anregung uns zur Verfügung gestellt haben. Sie haben einerseits bedürftigen **Gesinnungsfreunden eine überall dankbar anerkannte große Wohltat erwiesen,** anderseits ist dadurch **unsrer Bezirkskasse** ein sehr **notwendiger Zuschuß** zugeflossen, da wir den Belieferten die **Kartoffeln für 25 Mk. je Zentner** weitergegeben haben, wie aus unserm Rundschreiben ersichtlich war. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diejenigen Landwirte, denen es nicht möglich war, uns durch eine Kartoffelspende zu unterstützen, uns ihren Beitrag an die Partei in andrer Weise zugute kommen lassen, wie das auch die uns angehörigen Industriellen und Angehörige andrer Berufe in dankenswerter Weise getan haben.

Wir bitten, nicht zu vergessen, daß die Kosten für Papier, Porto, Drucksachen usw. schon in ruhigen Zeiten unsre Kasse schwer belasten, wieviel mehr in bevorstehenden Wahlzeiten, wo es sich um die Zukunft von Staat und Gemeinde handelt. Die Hauptsache ist, daß wir rechtzeitig genügend Geld in der Kasse haben, um sparsam und sachgemäß wirtschaften und voraus disponieren zu können und im Wettbewerb mit andern Parteien nicht zu spät kommen.

Mit deutschem Gruß
Der Gesamtvorstand.

(gez.) Fritzsche, Meinold, Brückner, Dr. Klopfer, Sandig, von Kapherr, Wauer, Schulze. F. d. R. Steiger, Gesch.-Führ. (487. 10. 21.)"

Kartoffeln pro Zentner für 25 Mk. dienen also als politischer Köder und gleichzeitig als gute Einnahmequelle für die deutschnationale Partei. Ja, es gibt also noch volksfreundliche Agrarier. Aber im Ernste: Das Schreiben zeigt wieder einmal, daß Kartoffeln vorhanden sind. Aber die Bevölkerung ist der agrarischen Willkür preisgegeben.

Unnachsichtliche Anzeige bei Kartoffelwucher.

Gegenüber den Mißständen auf dem Kartoffelmarkt hat das sächsische Wirtschaftsministerium neuerdings die Landespreisprüfungsstelle angewiesen, die Preisbildung auf dem Kartoffelmarkt genauestens zu beobachten und in Fällen übertriebener Preisforderung Anzeigeerstattung wegen Wuchers zu veranlassen. Die Polizeibehörden werden angewiesen, die Tätigkeit der Landespreisprüfungsstelle mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und insbesondere ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wucherische Preise für Kartoffeln nicht gefordert werden und, wo dies geschieht, unnachsichtlich Anzeige erstattet wird.

Weg mit Bezirkskommandos und Hauptmeldeämtern.

Der Minister des Innern, Lipinski, hat, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz meldet, dieser Tage folgende Verordnung erlassen: „Aus außerpolitischen Gründen ist es dringend erwünscht, daß auf den Ortstafeln die Bezeichnungen des zuständigen früheren Bezirkskommandos, Landwehrbezirks oder Hauptmeldeamts baldigst beseitigt werden. Die Kreis- und Amtshauptmannschaften wollen überwachen, daß diese Bezeichnungen auf den Ortstafeln der Gemeinden binnen zwei Wochen übermalt werden."

Dresden. Das Unwetter in der Nacht zum Montag hat auch in Dresden erheblichen Sachschaden angerichtet. Durch den heftigen Sturm entstanden starke Störungen der Fernsprech- und Starkstromleitungen, insbesondere nach der Lausitz, die noch am Montag anhielten. Im Großen Garten, in der Dresdner Heide und in den städtischen Anlagen wurden vielfach starke Bäume vom Sturm umgeknickt; ebenso sind viele abgehobene Schornsteine und Dächer und umgestoßene Masten zu verzeichnen. Unglücksfälle scheinen glücklicherweise nicht vorgekommen zu sein, wenigstens waren solche bei den zuständigen Stellen bis Montag mittag noch nicht gemeldet. Am Montag vormittag herrschte in Dresden bei 2 Grad Wärme ein lebhafter Schneesturm.

Chemnitz. Der orkanartige Sturm richtete in Chemnitz und Umgebung vielfachen Sachschaden an, besonders auf dem Jahrmarktsplatz, wo gegenwärtig der sog. „kalte Jahrmarkt" stattfindet und zahlreiche Verkaufsstände umgerissen wurden, ihre Waren unter sich begrabend. Der Jahrmarktsbetrieb wurde am Sonntagabend schon um 9 Uhr eingestellt. In der Stadt selbst riß der Sturm unter anderem an einem Hause der Kurfürstenstraße einen Balkon los. Auch die Telegraphen- und Telephonleitungen nach den meisten auswärtigen Orten haben Schaden gelitten.

Zwickau. Am Sonnabend morgen zerriß auf der Strecke Reichenbach—Zwickau in der Nähe des Postens 15 ein von Hof kommender Güterzug. Hierdurch wurde das Gleis für zirka fünf Stunden gesperrt, sodaß der Betrieb mit Neumark und Werdau eingleisig

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

durchgeführt werden mußte. Der Zugverkehr erlitt hierbei große Verspätungen.

Plauen. In Dröswein bei Pausa brannte am Sonnabendabend das große Bauerngut von Leonhard Zaumsügel nieder. Das Wohnhaus, die Stallgebäude und mehrere Nebengebäude sind vollständig verbrannt. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die gesamte Ernte und das Vieh sind mitverbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Stollberg i. Erzgeb. Der Bezirksausschuß der hiesigen Amtshauptmannschaft bewilligte 20 000 Mark für die Jugend- und Sportpflege und gab seine Zustimmung zu der geplanten Hilfsaktion für die notleidenden Klein- und Sozialrentner.

Generaldebatte über die Steuervorlagen im Reichstag.

Berlin, 7. November.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.

Mit der Steuerberatung verbunden wird das Gesetz über das Branntweinmonopol und die Interpellation der Deutschnationalen betreffend die Valutanot. Die Interpellation begründet

Abg. **Edler von Braun:** Wir verlangen von der Regierung die Vorlage eines endgültigen Steuerprogramms, um aus dem gegenwärtigen Finanzelend herauszukommen. Die bisher vorgelegten Entwürfe lassen dieses Ziel nicht erreichen.

Da der Regierungsvertreter erst später im Reichstag anwesend sein kann, wird die Beantwortung der Interpellation zu einer späteren Stunde gegeben werden.

Abg. **Adolf Braun** (SPD.): Wir sind der Meinung, daß der Reichsminister der Finanzen, Hermes, der das Finanzministerium ja nur im Nebenamt versieht, den an einen Reichsfinanzminister zu stellenden Anforderungen nicht gewachsen ist. Er hat zwar die phantastischen Zahlen vorgetragen, aber im übrigen jeden originellen Gedanken vermissen lassen. Wenn er die „Anregungen", die neuen Steuervorschläge, mit einer Handbewegung abtut als Gedanken, die später vielleicht einmal geprüft werden könnten, so beweist er damit genug für seine Unzulänglichkeit. Wenn die Reparationskommission durch Deutschland fährt und sieht die Rauchfahnen der Schornsteine, so sagt sie sich, diese Fahnen beweisen, daß Deutschland zahlen kann und zahlen muß. Was bedeutet es, wenn im Reichsverband der Industriellen erklärt wird, man solle den Konkurs anmelden? Glaubt denn jemand, die Alliierten würden sich damit zufrieden geben, wenn Deutschland den Konkurs anmeldet? **Dann wird das Ausland die Hand auf die deutsche Industrie legen.** (Zuruf: Sehr geistreich!) Sie haben noch ganz andres gezeigt als Geistreiches. Sie haben gewissenlos gehandelt während der Jahre 1915—1918. (Lebhafter Beifall links.)

Es ist leider kein Zweifel, daß der Dollarkurs weit mehr auf den inneren als auf den äußeren Markt drückt. Es wäre eine der Hauptaufgaben, nicht nur der Reichsregierung, sondern auch der Reichsbank, hier einzugreifen. Sie hätten Mittel genug, daß die ungeheure Wut, Dollar zu kaufen, sich umsetzt in Angst, beim Dollarkurs Verluste zu erleiden. **Heute blüht die deutsche Industrie ganz außerordentlich. Aber wenn die Rohstoffe verbraucht sein werden, alles zu Dollarkursen eingekauft werden muß, dann wissen wir nicht, wie die deutsche Wirtschaft hochkommen soll.**

Wir brauchen die Erfassung der Sachwerte. Wenn Sie sich dem widersetzen, so werden sie Ihnen vom Ausland genommen werden. Mit Ihrem nationalistischen Geschrei treiben Sie Deutschland nur immer weiter ins Elend hinein. (Sehr wahr!) Wir müssen unter allen Umständen, vor allem im Interesse der Arbeiter, **zur Stabilisierung unsrer Währung kommen.** Dabei sind wir weit davon entfernt, anzunehmen, der Dollar könne wieder auf 4 Mk. heruntersteigen. Solange wir aber nicht den Mut haben, mit kräftiger, rücksichtsloser Hand in die Sachwerte einzugreifen, solange geraten wir unaufhörlich immer mehr an den Abgrund. Die künftige Finanz- und Steuerpolitik muß daher eine ganz andre sein als die des Reichsfinanzministers.

Abg. **Herold** (Ztr.): Ich hatte bei den Ausführungen des Vorredners den Eindruck, als wenn er die Aufforderung an die Alliierten richten wollte, in ihrer Forderung nur recht weit zu gehen. Redner geht im weiteren auf die einzelnen Vorlagen ein und fordert zum Schluß die Parteien zu einträchtiger Zusammenarbeit auf.

Abg. **Dietrich** (Dem.): Schuld an unserm Finanzelend sind einzig und allein die Reparationslasten. Der Dollar steht heute auf 290 Mk. Das bedeutet, daß zur Abbürdung von **3½ Milliarden Goldmark 225 Milliarden Papiermark** erforderlich sind. Glaubt jemand, daß solche Summe vom deutschen Volk getragen werden kann? Wenn Deutschland eines Tages die Zahlung einstellt, so liegt die Verantwortung bei der Entente. Das müssen wir in den Vordergrund stellen. Zu den einzelnen Steuervorlagen will ich mich hier nicht festlegen. **Bleiben Sie mir mit den Schlagworten und Phrasen von der Erfassung der Sachwerte vom Halse.** Die Regierungsvorlagen fassen die Dinge sehr richtig an: Besteuerung der Vermögen. Das ist der richtige Weg. Es muß unter allen Umständen versucht werden, die Steuergesetzgebung zu vereinfachen. So wie die Vorlagen uns vorgelegt sind, gehen die Dinge einfach nicht. Die Entente kann von uns verlangen, daß wir zahlen. Aber wir können von der Entente verlangen, daß sie uns die **Reparationszahlungen zunächst einmal stunden.** Dann hat der Reichsfinanzminister einige Zeit, zunächst einmal die Finanzen im Innern ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn uns das nicht gelingt, so tragen nicht wir die Verantwortung für den Zusammenbruch, der zugleich einen Zusammenbruch der gesamten europäischen Wirtschaft bedeuten würde, sondern die Entente.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt** führt in Beantwortung der Interpellation Edler von Braun aus: Den Herren von der Rechten, die die Interpellation eingebracht haben, sage ich, **wenn wir das Ultimatum nicht angenommen hätten, dann hätten wir nicht nur den finanziellen, sondern auch den industriellen Zusammenbruch.** Dann wäre die Entente vielleicht zur Beschlagnahme des Ruhrgebietes geschritten und dann sähe es natürlich noch etwas schlimmer aus, als jetzt. Jedenfalls hätten wir dann keine bessere Valuta als heute. Wir haben gegenwärtig **in unsrer Handelsbilanz ein Passiv-Saldo von etwa zwei Milliarden Mark,** das sich durch den Friedensvertrag auf 5 Milliarden erhöht. Das bedeutet, daß wir für diesen Betrag für unsre Zahlungsbilanz Devisen aufbringen müssen, die wir nicht aus der Wirtschaft nehmen können, sondern für die wir wieder die Notenpresse in Bewegung setzen müssen. Unsre Bilanz wird sehr schwer durch die **Einfuhr höchst überflüssiger Luxusartikel** belastet. So sind **innerhalb vier Monaten** für nicht weniger als **für 919 Millionen Mark Weine eingeführt, für 317 Millionen Mark an Oelen, Seifen, Schminken, Puder und ähnliches.** Weiter sind die wilden **Spekulationen an der Börse** für das deutsche Volk sehr schädigend.

Wir haben die Absicht, durch einen Gesetzentwurf dem „freien Spiel" an der Börse nicht mehr seinen bisherigen Lauf zu lassen. Den Finanzämtern sollte Kenntnis gegeben werden, welche Vermögensteile in die Spekulation hineingegeben werden. Es soll weiter untersucht werden, wie weit **Spekulationsgewinne weggesteuert werden können.** Soweit es möglich ist, werden wir das verlangen. Weiter werden wir **schärfere Bestimmungen zur Erfassung der Devisen** treffen müssen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein großer Teil der Devisen durch deutsche Unternehmer im Ausland festgelegt worden sind. Je mehr wir durch Abkommen, ähnlich wie dem Wiesbadener, in die Lage kommen, statt mit Devisen mit Sachleistungen unsre Reparationslasten abzubürden, desto mehr werden wir allerdings die innere Last steigern, aber wir sind dann in höherem Maße **von dem Devisenmarkt unabhängig.**

Abg. **Helfferich** (Dnatl.): Das Staatsdefizit ist zum guten Teil auf die **Ueberbesetzung der Reichsbehörden mit Personal** und auf die durchaus **unrationelle Einsetzung des Achtstundentages** zurückzuführen. Es kommt jetzt auf je drei Staatsbürger ein Beamter oder Angestellter. Das kann das reichste Land nicht ertragen. Der Reichsfinanzminister hat uns einen Kontributionsetat von rund 90 Milliarden Mark vorgeführt. Dabei hat er einen Entwertungsfaktor von 20 zugrundegelegt. Ich halte aber einen solchen **von unter 50 nicht anrechenbar.** Dann betragen unsre jährlichen Reparationsleistungen von 33,3 Milliarden Goldmark nicht 66, sondern 165 Milliarden Papiermark. (Hört, hört!) Rechnen wir die übrigen Reparationsleistungen hinzu, so kommen wir auf einen **Kontributionsetat von rund 250 Milliarden Mark,** und zieht man die Verpflichtungen aus dem Wiesbadener Abkommen mit in Betracht, auf 280 Milliarden Mark. Uns geht des Vaterlandes Schicksal über jedes Einzelschicksal und erst recht über den Geldbeutel. (Große Heiterkeit links.) Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir die neuen Steuervorlagen prüfen. Die Reichsvermögenssteuer soll erstens dauernde Einnahmen erschließen und zweitens durch Zuschläge das Reichsnotopfer ersetzen. Die Steuervorlagen würden das Kapital völlig unfruchtbar machen. **Wir wehren uns gegen das Schlagwort der Erfassung der Goldwerte,** vor allem deshalb, damit nicht das ausgeführt wird, was der Abg. Braun heute hier ausgeführt hat, damit die Sachwerte der Entente ausgeliefert werden. Die weiteren Ausführungen des Redners richten sich mit großer Schärfe **gegen den großen Teil der Besitzsteuern.** Nachdem Helfferich noch Angriffe gegen den Reichskanzler richtete, fährt er fort: **Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber der Entente einhalten kann.** Auch die **Kredithilfe der Industrie** könnte diese verzweifelte Lage keineswegs heben. Aber schon die von gewissen Kreisen damit verbundene Drohung muß stutzig machen. Vor dem Wege einer Zwangskreditorganisation warne ich. Wer diese betreibt, spielt das Spiel des Auslandes. **Arbeitslosigkeit und Hunger werden das Volk zur Verzweiflung treiben.** (Zuruf Hoffmann: Ihr seid die Verbrecher! Großer Lärm.) Der Reichsfinanzminister Hermes hat ausdrücklich festgestellt, daß die Regierung keine Wege habe, um den Friedensvertrag zu erfüllen. **Welche Konsequenzen will die Regierung daraus ziehen?** Hermes meinte, die Regierung werde abwarten und ihren Erfüllungswillen solange bekunden, bis die Entente selbst die Unmöglichkeit der Erfüllung einsieht. Glaubt denn irgend jemand, daß die Entente von selbst zu einer Revision des Friedensvertrages kommen wird. Glaubt die Regierung im Ernst, daß es ihre Aufgabe sei, die Unmöglichkeit der Erfüllung solange nachzuweisen, bis der ausgeblutete Leichnam des deutschen Volkes als lebendiges Beispiel präsentiert werden kann? Ich fordere die Regierung auf: Teilen Sie den Herren der Entente mit, **daß Deutschland die Zahlungen nicht länger erfüllen kann.** Die Kette, die uns zu erdrücken droht, muß zerschnitten werden. In der Weltgeschichte hat nur der bestanden, der entschlossen ist, wenn es sein muß, **in Ehren unterzugehen.** (Beifall rechts. Ironisches Lachen links.)

Abg. **Koenen** (Komm.) fordert, daß der eingereichte **Antrag bezüglich Regelung der Arbeitszeit** als schleuniger Antrag behandelt und auf die morgige Tagesordnung gesetzt werde. Der Antrag wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellation der USP. betr. Reichswehr, Fortsetzung der Steuerdebatte, Interpellation Müller-Franken betr. die deutschen Werke.

Schluß der Sitzung: 6½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf im Fleischergewerbe.

Die Innungsleitung kennt in ihrer Wut darüber, daß unsre Bewegung von Erfolg begleitet ist, keine Grenzen. Zunächst macht Herr Obermeister Vogel, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, gegen die Schutzleute scharf. Diese sollen nicht scharf gegen die Flugblattverteiler vorgegangen sein, Herr Vogel wollte sich andern Schutz verschaffen (vielleicht Reichswehr?). Dann droht die Innung in einem Schreiben vom 5. November 1921, daß sie uns regreßpflichtig für den entstandenen Schaden machen will. Zum Ueberfluß stellt sie in bürgerlichen Blättern Behauptungen auf, die jeder Wahrheit hohnsprechen. Wir haben den Blättern, die diese Unwahrheiten verbreiten, Berichtigungen gesandt, die sie aber nicht bringen.

Der Herr Demobilmachungskommissar hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abgelehnt, weil ihm die Innung weismacht, der Bund habe mehr Mitglieder als der Verband.

Wir wollen an dieser Stelle nochmals kurz darauf hinweisen, daß die Rechnung, die dort aufgestellt wurde, nicht stimmt. Bei der Innung würden insgesamt 437 Gehilfen beschäftigt. 197 seien im Verband, 280 sollen gelb sein. Das sind 477 Gehilfen, also **40 mehr organisiert als überhaupt beschäftigt.** Dem Verband der Fleischer gehören in Leipzig 847 Gehilfen an. Auf die Anpöbelungen gehen wir gar nicht ein. Die organisierten Gehilfen **werden sich das Recht, ihre Forderungen durchzusetzen, von niemandem nehmen lassen,** selbst durch die Drohung der Innung nicht.

Mit welchen Mitteln von einzelnen Fleischermeistern versucht wird, das Publikum irrezuführen, soll folgender Fall beweisen:

Der Fleischermeister Paul Kunze, Kleinzschocher, Bahnhofstraße, der einen gelben Gehilfen beschäftigt, schickte denselben auf die Straße und dieser mußte dem Publikum erzählen, daß er einen Lohn von wöchentlich 280 Mark erhält. Der Schiedsspruch sieht 205 Mark vor. Auf das an den Meister gerichtete Ersuchen, er solle doch mal das Steuerbuch des Gehilfen zeigen, wußte dieser gar nicht zu antworten. Dieser Auchkollege rannte dann auf die Wache und holte die Polizei, die die Flugblattverteiler vertreiben sollte. Den Flugblattverteilern sagte dieser Herr, er habe nichts dagegen und wenn sie 4 Jahre hier stehen, **er brauche die Arbeiterschaft nicht als Kunden.**

Wir bitten um weitere Solidarität.

Zentralverband der Fleischer Deutschlands.

Weiterführung der Lohnbewegung der Beamten?

Von allen Seiten wird Protest gegen die ungerechte Regelung der Beamtenlöhne erhoben. Die unteren und mittleren Beamten verlangen stürmisch nach einer Abänderung. Offen sprechen sich die Beamten gegen den Deutschen Beamtenbund aus, der zwar die Interessen der höheren Beamten mit Erfolg verfochten, aber den unteren und mittleren Beamten nichts als eine Illusion gebracht hat. Unter diesem Druck scheint sich die Leitung des Deutschen Beamtenbundes zu einer Fortführung der Aktion entschlossen zu haben, wenigstens tut sie so.

Es wird gemeldet, daß unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiterführung der Beamtenbesoldungsaktion beschlossen worden ist. Es wird gefordert: Die für Oktober—Dezember zu zahlenden Nachzahlungen sind, soweit sie hinter dem Betrage von 2000 Mk für Beamte und 500 Mk. für jeden weiteren von den Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, auf diesen Betrag heraufzuführen. Erhöhung des Einkommens der unteren und mittleren Beamten auf eine die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die feste, automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß.

Es bleibt abzuwarten, ob dies mehr als eine Beruhigungspille für die rebellierenden Beamten ist.

*

Die Besoldungsvorlage wurde vom Reichsrat angenommen. Den Gemeinden und Ländern sollen Beihilfen gewährt werden, damit sie auch ihren Beamten die neuen Bezüge gewähren können.

Streik der Gießereiarbeiter der Firma vorm. Rich. Hartmann A.-G. in Chemnitz.

Die Arbeiter der Sächsischen Maschinenfabrik (Eisengießerei) legten am Montag, dem 7 November, die Arbeit nieder. Die Belegschaft will mit unorganisierten Arbeitern nicht zusammenarbeiten. Der Betriebsrat verlangt die Versetzung oder Entlassung der betreffenden unorganisierten Arbeiter. Der Betriebsleiter erklärte, daß an eine Versetzung nicht zu denken sei, und entlassen könne er die Leute nicht.

Stillegung der Benz-Werke

Wie mitgeteilt wird, hat die Firma Benz u. Co., Automobil- und Motorenfabrik A.-G. in Mannheim, den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag früh eingestellt und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 3500, entlassen. Als Gründe zur Schließung des Werkes werden die fortgesetzten Demonstrationen der Arbeiterschaft angegeben, die mit Versammlungen auf dem Fabrikhof, Eindringen in das Verwaltungsgebäude und die Direktionsbureaus und Bedrohung der Direktoren verbunden waren, sowie die am Montag früh erfolgte Mißhandlung und Verjagung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Werke steht mit den zur Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

Die Meldung stammt aus Unternehmerkreisen, sie muß deshalb mit Vorsicht gewertet werden.

Streik städtischer Arbeiter in Saarbrücken.

Außer den Straßenbahnern, die seit gestern im Streik stehen, um dem Stadtverordnetenbeschluß gemäß eine Gehaltserhöhung zu erreichen, sind heute auch andere städtische Angestellte und Arbeiter in den Ausstand getreten, so die städtische Müllabfuhr und die städtischen Betriebswerke. Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch findet zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens keine Belieferung mit Gas und Elektrizität statt.

Sportkartell.

Sächsische Spielvereinigung.

4. Kreis, 1. Bezirk (Mitglied des Arbeiterturn- und Sportbundes.)

Achtung, Technischer Ausschuß! Die Sitzung findet erst Mittwoch, den 9. November, wie üblich statt. F. A.: Jungbanns.

Reinltate der Serienspiele vom Sonntag, 6. November. 1. Klasse: Stötteritz I—Urania I 3:0. Sportklub-Ost I—Spielvereinigung-Taucha I 4:1 abgebrochen. Großzschocher I—Liederwolkwitz I 2:0. Vorwärts-Süd I—Entritzsch I 1:1 abgebrochen. Viktoria 06 I—Lindemann I 3:0 abgebrochen. Zwenkau I—Hertha I 5:1. Großzsch I—Knautkleeberg I 1:3. Jahn-Leipzig I—Probstheida I 0:1. Sachsen-Gautzsch I—West 05 I 1:3 abgebrochen. Bäckern I—Oetzsch I 3:0. Preußen I—Eilenburg I 3:0.

Untere Klassen. Treben I—Oschatz I 4:2. Paunsdorf III—Liederwolkwitz II 5:1. Großzschocher II—Viktoria 06 II 0:2. Böhlitz-Ehrenberg I—Knautkleeberg I 0:1 abgebrochen. Jahn-Leipzig II—Kleinzschocher I 1:3 abgebrochen. Knautkleeberg II—Plagwitz II 2:1. Kleinzschocher III—Burghausen II 2:0. Normannia II—Großzschocher III 4:0. Normannia-Minerva III—Plagwitz III 1:1. Sachsen-Gautzsch 2. Jgd.—Großsolsen 1. Jgd. 2:1. Sportklub-Ost III—Eilenburg III 4:2.

Reinltate der Gesellschaftsspiele vom Sonntag, 6. November: Plagwitz I—Normannia-Minerva I 1:3. Gohlis I—Zaucha I 5:0. Paunsdorf II—Wurzen II 2:2. Vorwärts-Süd II—Arminia II 5:2. Sportklub-Ost IV—Leuna I 3:1. Gohlis II—Döltzig II 4:0. Großzschocher IV—Schönefeld IV 9:1. Preußen II—Sachsen 07 II 2:1. Möckern IV—Rückmarsdorf I 1:0.

Jugendmannschaften. Sportklub-Ost I—Knautkleeberg I 2:1. Gohlis I—Döltzig I 0:2. Großzschocher I—Schönefeld I 3:1. Sachsen-Gautzsch I—Lindenthal I 3:0. Normannia-Minerva II—Preußen II 7:0. West 05 III—Schönefeld II 2:4. Probstheida I—Vorwärts-Süd II 1:2.

Alte Herrenabteilung. Paunsdorf—Vorwärts-Süd I 2:10. Plagwitz—Oetzsch 2:1.

Normannia-Minerva I—Fußballring-Plagwitz I 3:1 (0:1).

Im Freundschaftsspiele lieferten sich obige Mannschaften einen äußerst lebhaften, zeitweise etwas scharfen Kampf. F., mit Wind im Rücken, gefällt in der Gesamtheit besser und kann in der 25. Minute durch schöne Flanke von Rechtsaußen, die vom Mittelstürmer brillant eingeköpft wird, das erste und schönste Tor des Tages schießen. N. zeichnete sich durch eigensinniges Spielen und vieles Reden. Halbzeit 1:0 für F.

Nach Wiederanpfiff verteiltes Spiel, wobei beiderseits viel ausgelassen wird. In der 30. Minute gelingt N. aus einem Gedränge der Ausgleich. F. steigert sich weiterhin mächtig an, muß sich aber bis Schluß 2 weitere Tore gefallen lassen. Ein Unentschieden hätte dem Spielverlauf eher entsprochen. Rudolf.

Der Bezirksvorstand des Fußball.

U. T. L.-Connewitz
Pegauer Straße 12a, am Kreuz
Nur 3 Tage! Ab heute bis Donnerstag
Der erste gewaltige Emelka-Monumentalfilm der Saison 1921/22
Die Nacht der Einbrecher
Die Geheimnisse des Spleenklubs von Neuyork.
6 Akte — 6 Akte
In der Hauptrolle die beliebten Künstler und Darsteller:
Egede Nissen, Paul Richter usw.
Außerdem das reizende 2aktige Lustspiel
Das böse Gewissen
mit Leo Peukert.
Ia Künstler-Orchester! Gut durchheizte Theaterräume!

Weisse Wand
Tauchaer Straße, Ecke Hofmeisterstraße
Ab heute bis Donnerstag
Für Erwachsene ab 4 Uhr
Die Nacht der Toten.
Herzerschütterndes Sittendrama. 5 hervorragende Abteilungen 5
Der Schützling des Todes.
Italienisches Sensationsdrama 5 sensationelle Akte 5
Hauptrolle: Luciano Albertini.
Das Theater ist angenehm durchheizt!
Ab Freitag: Flammen der Wüste???

Lut. Lili Straße 19
Lindenauer Lichtspielhaus
Geben Sie bitte Acht!
Heute bis mit Donnerstag läuft der gewaltige Kriminalfilm in 5 Akten
Die Stunde nach Mitternacht
Atemberaubende Handlung: Glänzendes Spiel
Hauptrolle:
Manny Ziener und Karl Rückert.
Allabendlich durchbrausen in der Tat wahre Lachstürme das Theater bei der Vorführung des Lustspiel-Schlagers
5 Akte Die Notheirat 5 Akte
Hauptrolle Hilde Wolter!!!
Voranzeige! Ab Freitag: Die Gassenkönigin.
Ferner: Der Schauspieler der Herzogin.

Emser Pastillen
gegen Husten, Heiserkeit usw.

Bruchkranke
können ohne Operation geheilt werden. Langjährig erprobte Methode. Sprechst. in Leipzig, Hotel Herzog Ernst, Querstr. 36, Sonnabend 12. Nov., von 9 bis 1 Uhr. Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin 2835

Bruchkranke
können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden. Sprechst. in Leipzig, Hotel Fröhlich, Wintergartenstr. 14, am 12. Novbr. 21 von 9 bis 1 Uhr. *
Dr. med. Knopf
Spezialarzt f. Bruchleiden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Dienstag, 8. November 1921

„Frühzeit".

Ein Proleten-Autobiographie.

16] Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

In der Mühle.

Ich packte meine Sachen. Moraz und Ida waren da. Es klappte. Mein Bruder trat ein. Eine peinliche Pause.

„Hast du jetzt Zeit?" fragte er. Ich nickte. Zu Moraz und Ida sagte ich, sie sollten gehen. Sie verabschiedeten sich schweigend und verließen das Zimmer. „Komm," sagte Eugen kurz.

Ich schlüpfte in meinen Ueberzieher und folgte ihm. Auf der Straße begann er sogleich seinen Plan mit mir zu besprechen.

„Du mußt vor allem ein anständige Stelle bekommen. Nebenbei kannst du dann deine Dichterei vervollständigen," sagte er. Ich nickte abermals.

„Ich war soeben beim Direktor der Tivolimühle und sprach mit ihm. Er will dich gern anstellen. Du mußt vorläufig etwas praktisch in der Mühle mitarbeiten, dann kommst du ins Bureau. In den Abendstunden kannst du dann einen Schreibmaschinenkursus mitmachen und Stenographie lernen. Hast du etliche Jahre im Bureau hinter dir, so kannst du austreten und eine bessere Stelle annehmen, wenn es dir nicht mehr paßt. Die Leute in der Mühle verlangen nicht zuviel von dir. Wir beziehen daher schon jahrelang das Mehl und sind eine der besten Kundschaften dort," sprach er ruhig. Das leuchtete mir ein. Es gefiel mir. Ich war sehr froh darüber. Eugen bat mich, sobald ich mein neues Zimmer bezogen hätte, in die Mühle zu gehen zum Direktor. Nachher könnte ich sofort eintreten.

Ich dankte ihm, fragte, wie es daheim aussähe und wie es der Mutter ginge.

„Max heiratet in den nächsten Wochen," erzählte er mir „er hat so allmählich gestanden, daß er schon einen ledigen Sohn habe, und ein armer sei auf dem Weg. Er ist jetzt sehr kleinlaut und spielt den Scheinheiligen. Im Grunde aber spekuliert er bloß darauf, möglichst schnell das Anwesen in die Hände zu bekommen und uns herauszuwerfen. Das soll ihm aber nicht so leicht werden."

Ich sagte teilnahmlos: „Das geht mich ja schließlich nichts mehr an. Ich bin ja schon herausgeschmissen." Eugen wurde nachdenklich. Wir gingen in einen Gasthof und aßen zu Mittag.

Nachmittags auf der Straße trafen wir Schrimpf und noch einen Mann aus der Gruppe „Tat". Ich ging mit Schrimpf beiseite und sagte ihm, daß ich ihn dieser Tage einmal besuchen würde. Als wir die beiden hinter uns hatten, fragte Eugen: „Was sind das für Leute?"

„Anarchisten," sagte ich.

Eugen schüttelte den Kopf und lächelte: „Was wollen denn die?"

„Wir wollen den Umsturz des heutigen Staates und die Schaffung eines Gesellschaftslebens auf gemeinschaftlich-kommunistischer Basis. Wir wollen nicht mehr dienen, sondern jeder soll das gleiche Recht haben und den gleichen Besitz. Die Ausbeuterei muß aufhören. Ein Leben von Mensch zu Mensch muß kommen. Das wollen wir," sagte ich erläuternd. Ich hatte nun schon so viel Broschüren und Bücher dieser Art gelesen und so viel Diskussionsreden gehalten, daß ich mich allmählich ausdrücken konnte, wie ich es für richtig hielt.

Eugen lachte: „Ihr seid so Leute. In Amerika gibt es das alles nicht. Das ist ja der reinste Irrenhausunsinn."

Ich sagte: „Darüber können wir ja später einmal reden, wenn etwas geschehen ist."

Wir gingen wieder in meine Wohnung zurück. Ich bestellte einen Dienstmann, der meinen Koffer in mein neues Logis bringen sollte, und nahm von der alten Hausfrau, die mir immer gut gesinnt war, Abschied.

„Solche Dinge wie das mit der Weltumstürzlerei mußt du dir aus dem Kopfe schlagen," sagte Eugen, „da kommst du nicht weiter. So was kann man sich denken, aber nicht tun. Das ist Unsinn, bringt dir bloß Schaden."

„Wenn keiner es tut, geschieht überhaupt nichts Neues mehr auf der Welt. Dann ists gleich besser, wenn wir uns sofort, nachdem wir das erkannt haben, eine Kugel durch den Schädel jagen," gab ich zur Antwort.

Eugen schüttelte immer nur den Kopf: „Du bist total verrückt."

Ich schwieg darauf.

„Also, demnach kannst du morgen ja schon zur Mühle geh'n und dich vorstellen," sagte er dann auf einmal, „dein Umzug ist doch schon erledigt jetzt?"

Ich sagte: „Ja."

Am andern Tage ging ich zur Mühle. Im Bureau wurde ich dem Direktor vorgestellt. Der kannte mich noch von zu Hause. Er lächelte gutmütig und sagte, daß Eugen mit ihm schon gesprochen hätte, ich könnte morgen eintreten. Ich nickte.

„Kommen Sie," sagte er dann und führte mich in die Mühle hinüber. Dort empfing uns ein Surren und Sausen von taktelnden Maschinen. Der ganze Bau schien zu beben.

Ich wurde einem hageren, alten, gebückten Mann vorgestellt, der furchtbar schrie.

„Der kommt morgen zu uns," sagte der Direktor.

„So, ist ein schmächtiges Bürschlein," sagte der Obermüller und lächelte mich spöttisch an.

Der Direktor verließ mich sodann. Der Obermüller fragte mich noch allerhand und zeigte mir die Mühle. Sie hatte vier Stockwerke. Ueberall standen Siebmaschinen, Mahlmaschinen, an denen Säcke hingen, die sich langsam füllten. Die Arbeiter standen da, banden die Säcke zu, leerten Schrottonnen in die Maschinen und hielten alle inne, als sie mich sahen, betrachteten mich fremd und beinahe verwundert. Ihre Kleidung war weiß vom Mehlstaub, ihre Gesichter und Bärte ebenso. Auffiel mir nur, daß sie ungeheuer laut schrien, wenn sie redeten. Aber das mußte man hier.

Wir fuhren mit dem Mehlaufzug bis in den Dachboden hinauf. Da standen eng aneinandergepreßt und aufgeschichtet Hunderte von Säcken.

Als mir der Obermüller alles gezeigt hatte, führte er mich ans Tor und sagte: „Also, morgen dann um sechs Uhr. Nicht verspäten!"

Ich dankte und ging.

Der Tag war herrlich. Die Bäume im Park waren noch kahl, und auf den kleinen Wiesenstreifen lagen schmächtige Schneekrusten. Der Himmel hatte die heitere Farbe des Frühlings. Die Dächer der letzten Ausläufer der Mühle tropften.

Mir war merkwürdig zumute. Eine Sehnsucht zu wandern überkam mich, und plötzlich dürstete mich nach Wiesen, nach Hügeln und unabsehbarem Land . .

Ich schritt nachdenklich weiter, nicht wissend wohin. Jetzt erst dachte ich daran, Schrimpf aufzusuchen. Ich wußte, daß er jetzt sicher anzutreffen sei im Café. Ich wollte mit ihm sprechen. Ich hatte Drang nach einem Menschen.

Sagt er, so dachte ich vollkommen willenlos, das machst du nicht, so gehe ich morgen nicht zur Mühle. Ueber das weitere dachte ich nicht nach.

Morgen heißt es die Arbeit antreten, schoß mir durch den Kopf, aber heute, heute soll noch in Freiheit gelebt werden, gestohlen gelassen Spektakel gemacht, irgend etwas. Es war ja alles so gleichgültig! Eine entsetzliche Müdigkeit hatte sich ausgedehnt, eine Heimatlosigkeit und ein Alleinsein, ein Abgeschnittensein von allem.

Ich ging schneller.

Im Café traf ich auch richtig Schrimpf.

„Was ist's jetzt mit deinem amerikanischen Bruder?" fragte er mich.

„Nichts," antwortete ich niedergeschlagen, „ich soll morgen in der Tivolimühle zu arbeiten anfangen, zweiundzwanzig Mark bekomm' ich in der Woche."

„Und wie lang ist die Arbeitszeit?" fragte er weiter.

„Von sechs bis sechs," sagte ich.

„Ein solcher Mist! Das würde ich nicht tun," brummte er.

„Ja schon . . . aber die geben mir kein Geld mehr, und ich weiß nicht, was ich tun soll," jammerte ich.

„Schließlich eine Zeitlang tust du es halt mal," sagte Schrimpf dann und fuhr fort: „Wenn du ins Bureau kommst, geht's ja."

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Weltsprache.

Das Ende der französischen Vorherrschaft.

Die künstlichen Sprachen, wie das Esperanto, werden auch bei weiterer Ausbreitung immer nur bloße Behelfe zu unmittelbarer Verständigung sein, und nur die Träume ihrer fanatischsten Anhänger können darüber hinausgehen. Für feinere und tiefere Zwecke wird sich in der Gunst der Weltvölker nur eine lebendig gewachsene, von den Kräften eines starken Volkes genährte und gestützte Sprache durchsetzen können. Augenblicklich vollzieht sich gerade auf diesem Gebiet ein Wechsel, der als Symptom größerer Entwicklungen von der höchsten Bedeutung ist. Zu den bitteren Enttäuschungen, die das siegreiche Frankreich nach dem Weltkrieg erleben mußte, gehört nämlich auch die unaufhaltsame Zurückdrängung seiner Sprache durch das Englische.

Die Aufmerksamkeit weiterer Kreise ist auf diese Frage durch die Denkschrift der französischen Akademie an Briand gelenkt worden, die ihn ersucht, bei den bevorstehenden Verhandlungen in Washington dem Französischen seine traditionelle Geltung als Sprache der Diplomatie zu wahren. Das Echo, das diese Anregung in England und in Amerika gefunden hat, ist so lebhaft gewesen, daß daraus zu ersehen ist, wie hier die Tatsache eines schon lange und erbittert geführten Kampfes der Oeffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht worden ist. Die entscheidende Etappe in der Entwicklung dieses Streites bildet aber nicht etwa die Meinungsverschiedenheit über die Verhandlungssprache in Washington; sie liegt vielmehr schon in der Tatsache, daß der Vertrag von Versailles, die „Magna Charta Europas", wie ihn seine Verehrer nennen, in zwei Sprachen abgefaßt worden ist. Damit ist vor der Welt das Ende der französischen Vorherrschaft festgestellt, einer Vorherrschaft, die in der Theorie zwar noch anerkannt war, praktisch sich jedoch seit langem in Verfall befand. Seit geraumer Zeit schon wich das Französische, das jahrhundertelang als das unbestritten verfeinertste und eleganteste Idiom die eigentliche Diplomatensprache gewesen war, Schritt für Schritt vor dem Englischen zurück und kämpft damit den gleichen Todeskampf wie am Ende des 16. Jahrhunderts das Lateinische gegenüber dem Französischen selbst. Um diese Zeit konnte der König von Frankreich bereits mit der ganzen Welt französisch korrespondieren und erklären, er brauche das Lateinische nur für die Verständigung mit dem König von Polen, dem einzigen Monarchen, der kein Wort Französisch verstand. Im Jahre 1753 wurde das Französische zum ersten Male in eine Verteidigungsstellung gedrängt, als dem französischen Hof eine Denkschrift in englischer Sprache zuging und die Pariser Diplomaten formellen Protest gegen diese Verletzung der Rechte ihrer Sprache einlegten. Schon damals wich die englische Regierung nicht zurück; sie erkannte zwar an, daß es praktisch sei, den offiziellen englischen Schriftstücken eine französische Uebersetzung beizugeben, bestritt aber bereits hiermit den Anspruch des Französischen, die einzig zulässige Sprache des diplomatischen Verkehrs zu sein. Der zweite Vorstoß erfolgte um die Wende des 18. Jahrhunderts, als Lord Granville die aufsehenerregende Neuerung einführte, mit den Bevollmächtigten der fremden Mächte am Londoner Hof nicht mehr französisch, sondern englisch zu verkehren. Dieses Vorgehen löste Gegenwirkungen aus; aber die Engländer blieben fest. Canning befahl 1823 dem englischen Vertreter in Lissabon, sich im mündlichen wie schriftlichen Verkehr mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen nur des Englischen zu bedienen, einem Staatsmann, der das schwere Verbrechen begangen hatte, seine eigene Sprache zu sprechen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er keine andre konnte. Auch Preußen widersetzte sich dem Gebrauch des Englischen im diplomatischen Verkehr und wies eine englische Note, weil sie nicht französisch abgefaßt war, so entschieden zurück, daß sich die englische Regierung genötigt sah, eine französische Uebersetzung beizufügen.

Diese kleinen Scharmützel auf dem Gebiete des höfischen Verkehrs erscheinen indes lächerlich gegenüber den Eroberungen, die der englischen Sprache im praktischen Leben geglückt sind, und die vor allem seit Beendigung des Weltkrieges unaufhaltsam fortschreiten. So ist in Dänemark das Französische, das bisher in den Mittelschulen obligatorisch war, zugunsten des Englischen in die Reihe der freiwilligen Lehrfächer verwiesen worden, und ebenso hat in Schweden dem Englischen das Deutsche weichen müssen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß über kurz oder lang das Französische auch bei uns in Deutschland, wo es an den Mittelschulen als einzige neuere Sprache obligatorischer Unterrichtsgegenstand ist, durch das Englische ersetzt werden wird. Die geringen Erfolge, die die französische Kulturpropaganda in den besetzten Gebieten erzielt, kommen demgegenüber nicht in Betracht. Aehnliche Vorgänge vollziehen sich im Orient. Nicht umsonst hat sich England dem vordringenden Griechenland freundlicher gegenübergestellt als Frankreich. Eine hohe griechische Persönlichkeit äußerte sich vor kurzem gegen einen englischen Journalisten dahin, daß in drei Jahren die englische Sprache in der ganzen hellenischen Welt das Französische verdrängt haben werde. So sind auch die Fortschritte, die die Sprache der Angelsachsen in den letzten zwei Jahren in Spanien, in Japan und in China gemacht hat, erstaunlich. In den russischen Randstaaten, wo England sich überall festzusetzen gewußt hat, entstehen englische Schulen oder solche nach englischem Muster, und im wiederauflebenden Rußland, wo sich schon vor dem Kriege das Französische auf kleine Schichten mit besonders feiner Bildung und alter Tradition zurückgezogen hatte, wird der englische Kaufmann im Kampf gegen die französische Sprache nicht mehr viel zu zerstören vorfinden. Die Universität Bukarest beruft englische Professoren, und die rumänische Regierung hat erst kürzlich einen Lehrer der englischen Sprache an einer Londoner Mittelschule zum Inspektor ihres Unterrichtswesens ernannt.

Daß die gleiche Entwicklung sich nun in überall sichtbarer Weise auch auf dem Gebiet der Diplomatie vollzieht, ist nur das äußere Anzeichen für die tiefe Wandlung, die sich in den diplomatischen Gebräuchen angebahnt hat und die durch das Hervortreten Amerikas gekennzeichnet ist. Die Sprache der Diplomatie kann in dieser neu werdenden Welt nicht mehr die der höfischen Boudoirs sein. Mit dem Ueberwiegen der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, mit dem Aufsteigen von Vertretern der handarbeitenden Klassen in die internationalen Verhandlungssäle vollendet die Sprache der großen Weltwirtschaft ihren Siegeszug. Mögen die Verfechter der alten Schule überlegen lächelnd darauf hinweisen, daß Wilson in Versailles der Routine der alten europäischen Diplomatie erlegen ist, sie werden diese Entwicklung nicht aufhalten. In ihrer undiplomatischen Weise reagiert die große amerikanische Presse auf die französische Anregung, und die Provinzzeitungen sekundieren ihr noch um einige Grade deutlicher in der Forderung daß in Washington nur eine Sprache gebraucht werden dürfe. „Wer nicht Englisch kann," so heißt es, „der bleibe zu Hause. Die Franzosen, Italiener und Japaner, die kein Englisch verstehen, sollen bleiben, wo sie sind, und uns Leute schicken, die unsre Sprache gründlich gelernt haben."

Auch andre Aeußerungen der amerikanischen Zeitungen weisen in dieselbe Richtung eines entschiedenen Bruchs mit bisherigen diplomatischen Feinheiten. „Amerika", so ist da zu lesen, „hat kein Geld zum Fenster hinauszuwerfen und wünscht nicht, sich in der Lage jenes Genfer Schuhmachers zu sehen, der, wie die Zeitungen erzählen, sein Geld für ein halbes Dutzend Paar Stiefel von einem Mitglied des internationalen Arbeitsamtes nicht erhalten konnte, weil diese Persönlichkeit zwangreifbar und unsehlbar war, wie alles, was von fern oder nah mit dem Völkerbund zusammenhängt. Nichts von diplomatischer Immunität, nichts von übertriebener Gastlichkeit!"

So klingt es in der Sprache der heute weltbeherrschenden Völker von der Götterdämmerung der alten Diplomatie. Schon sprechen einige Zukunftsmusiker davon, daß auch das Englische den höchsten Anforderungen an Knappheit und genauester Wiedergabe des Gedankens, die man sie an eine internationale Sprache stellen müsse, nicht völlig entspreche. Sie erzählen von der Rede, die jüngst der japanische Kronprinz in Manchester gehalten hat, und bei der er in fünf Minuten langsam und mit wahrer fürstlicher Würde Worte ausgesprochen haben soll, zu deren Wiedergabe der Dolmetscher sich eine halbe Stunde lang zur Bestürzung des Publikums, der Stenographen und vielleicht des Prinzen Jrohito selber in wahnsinnigem Tempo abmühen mußte. Aber bis das Englische von einer andern Sprache verdrängt werden wird, darüber wird noch lange Zeit hingehen; denn letzten Endes hat die Kraft mit der sich eine Sprache zur Weltbeherrschung aufschwingt, ihre Wurzeln doch weniger in ihren eigenen Vorzügen, als in der Machtstellung derer, die sie sprechen.

Kleine Chronik.

Kunstausstellungen. Die Galerie Del Vecchio zeigt ein Triptychon „Die Arbeit" von Leonhard Sandrock. Die drei Gemälde, die es zusammensetzen, stellen gut erfaßte Szenen aus technischen Großbetrieben dar. Der Mensch verschwindet hinter der riesigen Maschinerie; dies ist offenbar die grundlegende Auffassung des Künstlers von der modernen Arbeit. Daß damit der Vorwurf nicht erschöpft ist, daß er sich überhaupt nicht durch eine rein gegenständliche Malweise erschöpfen läßt, steht fest. Man kann das Werk also nur als eine gute Leistung im Sinne impressionistischer Naturabbildung ansehen, und muß dann seine Vorzüge in der Farbgebung und Zeichnung anerkennen. Die Gemälde von Karl Rodeck, die in einer größeren Sammlung vertreten sind, sind ähnliche, doch bei weitem nicht so scharf gesehene Naturstudien, zum Teil ein wenig kleinbürgerlichen Geschmacks. Eine Anzahl Radierungen von Heinrich Vogeler, Worpswede, zeigt die Vorzüge und Schwächen der idealistischen Märchenwelt, in die sich der Schöpfer hineinträumt. Sie vermag wohl Schönheit in befreiter und verklärter Form zu geben, wird aber mit den Häßlichkeiten des Alltags nicht fertig, ohne sie ästhetisch zu behandeln. Dies stempelt ihre Sprechweise zu einer künstlerischen Ideologie. — In der Galerie Remmler fällt vor allem eine kleine Sammlung äußerst lebendig radierter Landschaften von L. Bahrenhorst ins Auge. Es sind in der Komposition straffe und in der Schwarz-Weiß-Wirkung außerordentlich reizvoll gearbeitete Blätter, die das der Radierung zustehende Problem des Lichtes und Schattens mit einer sicheren Virtuosität behandeln, die man sich gefallen lassen kann. Die Radierungen von W. Hallstein sind voll grotesker, aber recht derber Satire; sie geben Szenen aus dem Bohème-Leben des Malers karrikiert wieder, sind aber nicht anspruchslos genug, um als flotte Karrikaturen gelten zu können. Eine Anzahl getönter Radierungen von M. Pollak, moderne Tänzerinnen darstellend, gehört in das Gebiet pikanter und flotter Boudoirkunst und hat ihren Stil, solange sie nicht mehr geben will als das. Unter den Gemälden befindet sich eine größere Sammlung von Motiven aus Ost-Afrika von J. Schlobach-Grawinkel. Sie enthält treffend charakterisierte Volkstypen und gut gesehene und sicher wiedergegebene Landschaften, die sich zum Teil in Komposition und Farbenwahl auch zu künstlerisch guter Wirkung erheben. Die Gemälde von Th. Wedepohl sind in der Zeichnung äußerst schwach und bekommen nur durch ein aufgeregtes Kolorit einiges Leben. Dem Kunstempfinden unsrer Tage können sie nicht viel bedeuten. Pz.

Städtische Theater. Die Intendanz teilt mit: Schillers Wallenstein gelangt am 10. November im Alten Theater unter Alwin Kronachers Leitung neu einstudiert zur Aufführung. Die dramaturgische Einrichtung will das Werk in seinem genialen Aufbau so wie es ursprünglich vom Dichter geplant war, als Ganzes auf die Bühne bringen und nicht in der willkürlichen unorganischen Trennung in Die Piccolomini und Wallensteins Tod. Zugleich ist versucht worden, ebenfalls nach der ursprünglichen Absicht des Dichters Wallenstein als den ehrgeizigen (und sternengläubigen) Kondottiere des dreißigjährigen Krieges zu zeigen und die moralisierenden Tendenzen des 18. Jahrhunderts, die die klare Charakterzeichnung beeinträchtigen, zu tilgen. Zu diesem Zwecke ist auch an einigen Stellen der Text der Theaterhandschriften berücksichtigt worden.

Das Werk wird unter dem Gesamttitel Wallenstein (den der Dichter seinem Werk gegeben hat), ein dramatisches Gedicht in einem Vorspiel (Wallensteins Lager) und fünf Aufzügen im Spielplan erscheinen.

Heute Dienstag, den 8. November, gelangt im Alten Theater Flachsmann als Erzieher außer Anrecht zur Aufführung.

Leipziger Puppenspiele (Dir. Joseph Bück). Wünschs Marionettentheater spielt an den Abenden dieser Woche das altdeutsche Puppenspiel Genoveva in einer alten Fassung. Dienstag und Freitag wird vor der Vorstellung von Ringers Musikschule Rombergs Kindersinfonie aufgeführt. An einzelnen andern Abenden wird Dr. Alfred Lehmann einige einleitende Worte sprechen. Nachmittags das Märchenspiel Schneewittchen.

Kinder-, Tanz- und Spiellieder von Lili Hickler. Die zweite Folge dieser aus dem Vorjahre bekannten heiteren Bühnenspiele finden auch in diesem Jahre zugunsten des Vereins der Kinderfreunde statt. Die Aufführung findet am 11. und 12. November im Schauspielhause statt.

Eingelaufene Schriften.

Fridtjof Nansen: Spitzbergen. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Preis geb. 70 Mark, in Leinwand 90 Mark.

Adolf Damaschke: Geschichte der Redekunst. Verlag Gustav Fischer, Jena. Preis brosch. 18 Mk., geb. 24 Mk.

Friedrich Bauer: Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein Beitrag zur Frage der deutsch-dänischen Verständigung. Verlag Emil Schmidt Söhne, Flensburg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.

Dienstag, den 8. November 1921

232. Anrechts-Vorstellung. (4. Folge, braun)

La Traviata.

Oper in 4 Akten. Musik von Giuseppe Verdi.

Musikal. Leitung: Albert Conrad. Bühnenleitung: Walter Eichner.

Personen: Violetta Valery (Cläre Hansen-Schulthess); Flora Bervoix (Hedw. Borchers); Alfr. Germont (Hans Lihmann); Georg Germont, sein Vater (Ernst Possony); Gaston, Vicomte v. Letorières (Heinr. Scholz); Baron Douphol (Emil Herbeling); Marquis d'Obigny (Alfred Voigt); Doktor Grandeville (Otto Saltzmann); Annina, Violettas Zofe (Lene Eichler); Joseph, Diener Violettas (Karl Lang); Ein Kommissionar (Bernh. Wiehlhorn).

Im 3. Akt: angeordnet von Emma Grondona:

1. Tanz der Zigeunerinnen: Eh. Wunderlich, R. Meuche, Vera Bergmann. 2. Auftritt der Toreadore: Ense Ufert, A. Schmidt, G. Hoffmann, Tänzerinnen, Chorherren.

Einfache Preise. Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ungef. 9¼ Uhr. Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Mittwoch, den 9. November: 233. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau): **Der Schatzgräber.** Anfang 7 Uhr. Mittlere Preise.

Donnerstag, den 10. November: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverein: **Aida.** Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.

Dienstag, den 8. November 1921

— Außer Anrecht: —

Flachsmann als Erzieher.

Lustspiel in 5 Akten von Otto Ernst.

In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Jürgen Hinrich Flachsmann, Oberlehrer einer Knabenvolksschule (Fritz Reiff); Jan Flemming, Bernhard Vogelsang; Carsten Dierck, Emil Heidendaum; Claus Riemann, Franz Römer, Lehrer (Herbert Hübner, Adolf Winds, Gustav Colmar, Oskar Berger, Wilhelm Engst, Rudolf Blach); Betty Stührhahn, Elsa Holm, Lehrerinnen der Elementarklassen (Marie Dalldorf, Martina Otto); Regendank, Schuldiener bei Flachsmann (Karl Huth); Kluth, Schuldiener der benachbarten Mädchenschule (Wilhelm Schwan); Schulinspektor Brdsecke (Hans Beyler); Professor Dr. Prell Regierungsschulrat (Karl Ebert); Frau Dörmann (Marie Schlippang); Max, ihr Sohn (Dorothea Dylla). Brockmann (Artur Nikisch); Frau Piesendahl (Lilly Hesse); Alfred, ihr Sohn, Robert Pfeiffer, Schüler Flemmings (Herbert Hickel, Elfriede Volland).

Ort: Kleine Provinzstadt. — Zeit: Gegenwart.

Zwischen den Akten liegen Zwischenräume von je 14 Tagen.

Mittlere Preise. Einlaß 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Mittwoch, den 9. November: Oeffentliche Vorstellung, zugleich Anrechts-Vorstellung für den Verein Deutsche Bühne: **Doppelselbstmord.** Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.

Donnerstag, den 10. November: Außer Anrecht. Neu einstudiert: **Wallenstein.** Anfang 6 Uhr. Mittlere Preise.

Neues Operetten-Theater.

Josefstraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.

Dienstag, den 8. November 1921

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akten. Nach einer Erzählung M. Jokais von J. Schnitzer. Musik von Johann Strauß.

In Szene gesetzt von Joseph Groß. Musikal. Leitung: Otto Findeisen. Bühnenleitung: Hugo Sieinberr.

Personen: Kálmán Zsupán, ein reicher Schweinezüchter im Banate (Hugo Steinberr); Arsena, seine Tochter (Charl. Volland); Sandor Barinkay, ein junger Emigrant (Walter Grave); Comte Carnero, königlicher Kommissär (Josef Trautmann); Mirabella, Erzieherin im Hause Zsupáns (Emmy Navarra); Ottokar, ihr Sohn (Edmund Burió); Graf Peter Homonay, Obergespann des Temeser Comitates (Hermann Engelmann); Czipra, Zigeunerin (Elisab. Merklein); Saffi, Zigeunermädchen (Margarete Röhner); Pali, Josef, Ferko, Mihaly, Jancsi, Zigeuner (Hans Hoff, Georg Felsegger, August Rohwald, Karl Diepmann, Paul Schröder); Irma, Ferkli, Aranka, Katicza, Arsenas Freundinnen (Hanny Degra, Magdalene Arnold, Joh. Bennewitz, Grete Puhy); Ifvan, Zsupáns Knecht (Karl Eichler); Seppi, ein Wiener Schusterjunge (Agnes Freude); Miska, Schiffsknecht (Hans Sparing).

Schiffsknechte, junge Csikos, Zigeuner, Zigeunerinnen und Zigeunerkinder, Husaren, Marketenderinnen, Pagen, Hofherren, Hofdamen, Volk usw.

Ort der Handlung: 1. Akt: Temeser Banate; 2. Akt: In einem Zigeunerdorfe ebendaselbst; 3. Akt: Vor Wien.

Zeit der Handlung: Gegen Mitte des achtzehnten Jahrhunderts.

Während der Ouverture kein Zutritt.

Mittlere Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende ungef. 10½ Uhr.

Mittwoch, den 9. November: Auf Flügeln des Gesanges. Anfang 7½ Uhr. Einfache Preise.

Donnerstag, den 10. November: Zum 50. Male: **Das Hollandweibchen.** Anfang 7½ Uhr. Mittlere Preise.

Leipziger Puppenspiele

Pfaffendorfer Str. 4 Am Alten Theater.

Mittwoch, 9. November

½3 und 5 Uhr (bei kl. Preisen): **Schneewittchen.**

8 Uhr: **Genoveva.** Altdeutsches Puppenspiel.

Krystall-Palast Theater

November 1921.

Täglich abends ½8 Uhr:

Grosser, glänzender

Varieté-Spielplan.

Battenberg

Varieté. Anfang 8 Uhr

Erstes Gastspiel in Europa

nach 7jähriger Abwesenheit

Sylvester Schäffer

(Persönliches Auftreten)

Füllt den zweiten Teil des Programms allein aus.

Im ersten Teile des Programms:

5 erstklassige Varieté-Nummern.

Telephonische Kartenbestellungen können des großen Andranges halber nicht berücksichtigt werden.

Theater. Anfang 8 Uhr

„Ein Weib aus dem Volke"

Gemälde aus dem Volksleben in 5 Aufzügen von d'Ennery und Mallfau

Morgen: „Ein Weib aus dem Volke".

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

GH Gesellschaftshaus Schönefeld.

Straßenbahn 17. Telephon 14 389

Jeden Mittwoch und Sonntag

Großer Elite-Ball.

Original-Jazz-Ball.

Gosenschlößchen, Eutritzsch.

Mittwoch, d. 9. November, abends ½8 Uhr

Seidel-Sänger

Der neue, glänzende Spielplan.

Vorverkauf v. num. Plätzen im Restaurant Sonnabend, 12. Nov., Gold. Krone, Möckern.

Mittwoch, 9. November, abends ½8 Uhr im Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32

Revolutions-Feier

Mitwirkende: Paul Michaels Chöre

Herr Fritz Reiff vom Leipziger Stadt-Theater und G. Schütze-Künstler-Quartett

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 1 Mk. einschliesslich Garderobe erhoben. — Mitwirkende Eintritt frei!

Mätzschkers Festsäle

L.-Kleinzschocher Inh.: E. Baumann Fernspr. 40875

Morgen Mittwoch, 7 Uhr: **Elite-Ball-Abend.** Verstärktes Orchester. Neueste Tänze.

Auftreten des Solotänzers Artur Schubert und Frl. Dutti Förster als Partnerin.

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute ab ½7 Uhr: **Großer Elite-Ball**

2 Kapellen, 2 Kapellmeister, persönliche Leitung Herr Obermusikmeister Radecke

Nur noch 3 Tage! — Nur noch bis Donnerstag

Gut geheizte Räume!

Zur Feier des 9. November finden morgen Mittwoch in unseren Theatern Sonntags-Vorstellungen statt. Einlass 3 Uhr. — Beginn 3.30 Uhr.

Königs-Pavillon

Promenadenstrasse 8

Die Nixe Romantischer Amerikaner in 6 Akten herrl. Strand- u. Mondscheinszenen.

Das goldene Netz Gesellschafts-Film in 5 Akten.

Casino-Lichtspiele

Neumarkt 21

Der Todessturz vom Watzmann

Hochlandsdrama in 5 Akten.

Die Nächte des Ruppert Scharbach spann. Detektivdrama in 5 Akten

Anfang 4½ Uhr.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Von Dienstag, den 8., bis Donnerstag, den 10. Novbr.

Der gewaltige Richard Eichberg Sitten-Grossfilm

Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm

oder Das Mädchen aus der dunklen Gasse.

6 Akte — Ein gewaltiges Sitten- und Grossstadt-Drama aus dem ärmsten Norden und dem reichsten Westen Berlins. In den Hauptrollen: Lee Parry, Aruth Wartau, Willy Kaiser-Heyl, Toni Tetzlaff — 6 Akte

Hierzu:

Möblierte Wohnung zu vermieten

Eine tolle Posse in 3 Akten

Täglich Einlaß 5 Uhr Anfang 5½ Uhr.

EISENBAHNSTR. 74 SCH

Billige

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf

für Herren, Jünglinge und Knaben.

Teilweise weit unter heutigem Preis!

Habe einen großen Restposten neue

Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge

Cutaways / Hosen (Nur gute Qualitäten)

aufgekauft und verkaufe diese einzeln auffallend billig.

Gummimäntel Pelerinen Joppen in großer Auswahl!

Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!

J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. „Kein Laden"

Seit 41 Jahren bestehend.

Skatspieler finden ab 2 Uhr Anschluß. W. Schäfer, Berliner Str. 26.*

Revolutionäre

Theaterstücke

Humoristische Vorträge

Lieder — Gesamtspiele

Politische Couplets

Auswahl zu Diensten!

Tombolen

in jeder Preislage sowie alle

Fest- u. Tanzartikel

Vereinsabzeichen.

Alfred Jahn

(Heinrich Lintzmeyer)

Leipzig, Elisenstraße 30

Kataloge zu Diensten. *

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Riehmann. Fernruf 1000.

Dienstag, den 8. November, abends 7½ Uhr

Die Fahrt ins Blaue.

(La belle Aventure.)

Lustspiel in 3 Akten von Gaston de Caillavet, Robert de Flers und Etienne Rey.

Regie: Otto Stockel.

Personen: Graf d'Eguzon (Alfred Mätzel); Gräfin d'Eguzon (Ellie Kramm); André d'Eguzon (Albert Martens); Frau v. Trevillac (Stella David); Helene v. Trevillac (Angelika Hauff); Valentin le Marcher (Bernh. Mildenhain); Marquis de Lancelier (Hans Stolle); Serignan (Fritz Profl); Frau Serignan (Edith Gärtner); Dr. Paimbrache (Karl Walden); Chartrain (Rein old Palque); Frau Chartrain (Emilie Winterberg); Frau v. Merceil (Olga Beckow); Jeanne v. Merceil (Jessie Albrog); Fouques (Conrad Meyerhoff); Didier, Diener (Robert Walter); Remy, Gepäckträger (Alfred Einicke); Jeantine (Melanie Krüger-Michaelis); Eine Ankleiderin (Thea Pilz).

Der erste Akt spielt im Schloß des Grafen d'Eguzon in Louveciennes bei Paris, der zweite und dritte Akt in Chantelouve im Périgord.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch, den 9. November, abends 7½ Uhr: **Die Hochzeitsreise.** Hierauf: **Die Dienstboten.**

Donnerstag, den 10. November, abends 7½ Uhr: **Wie es Euch gefällt.**

Der vierte Spielabschnitt läuft vom 4. Novbr. bis 26. Novbr. incl. Bis zu diesem Tage muß die vierte Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Kleines Theater.

Telephon 12300. Direktion: Fritz Riehmann. Elsterstraße 42.

Dienstag, den 8. November, abends 7½ Uhr

Helden.

Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.

In Szene gesetzt von Otto Stockel.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Mittwoch, den 9. November, abends 7½ Uhr: Neigen.

Donnerstag, den 10. November, abends 7½ Uhr: Die Hose.

Nächste Morgenfeiern:

Sonntag, den 13. November, vorm. 11½ Uhr: Anläßlich des 100. Geburtstages des Dichters: Dostojewski.

Sonntag, den 20. November, vorm. 11½ Uhr: Erstaufführung: Vorm Tode, von August Strindberg.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

In Honolulu

Der grosse Schlager, gesungen von

Kanui u. Lula

die ersten echten Hawaiian-Spieler- u. -Tänzer aus Honolulu in Deutschland.

Ausserdem:

Russ. National-Ballett „Kawkas"

10 erste Solotänzerinnen und -Tänzer

sowie

der Riesen-Varieté-Spielplan

11 erstklassige Varieté-Attraktionen.

Vorverkauf: Tageskasse 10–2 Uhr (Tel. 43543). Th. Althoff, Petersstr., Kons.-Verein, K.-Heine-Str.

Apollo-Varieté

direkt am Bayrischen Bahnhof.

Täglich abends ½8 Uhr:

Der

Sensations-Spielplan

12 Welt-Attraktionen u. a.:

Franz Radotzky mit seiner dressierten Bärengruppe

Franklin-Truppe hervorragende Bühnen-Luftgymnastiker

Les Roses Skandinaviens bekannteste Exzentriktänzer

Rob. Pohlmann gen. **Nante** der beliebte Humorist.

Vorverkauf: Tageskasse, Teleph. 11111, 10-2 Uhr, Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße

Goldner Adler, Lindenau

Tel. 43127. Inh.: Franz Sperling. Angerstr. 49.

Morgen: Mittwochs-Ball.

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40960 Inhaber M. Raschke

Ab Dienstag bis Donnerstag

Die Nacht ohne Morgen

Großer Zirkus-Sensationsfilm in 6 Akten

Hauptdarsteller:

Hanni Weise — Hans Mierendorf

Dieser Film wurde im Juli d. J. hier in der Alberthalle aufgenommen.

Menschliche Hyänen

Mortens Sensations-Abenteuer in 5 Akten

Einlaß 5 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wo sieht man die Geheimnisse von Berlin?..... **U.T. Lichtspiele**
Wann sieht man die Geheimnisse von Berlin? **ab Donnerstag, 10. Nov.**
Was für Geheimnisse gibt es in Berlin?..... **— Urteilen Sie selbst**

Spielplan ab 8.—10. Nov.

Palast-Theater, L.-Gohlis
Lindenthaler Straße 41.

Grausige Nächte
Jagd einer unglücklichen Mutter nach ihrem Kinde
6 Akte 6 Akte

Die goldene Spinne
Urkomisches Detektiv-Spiel in 3 Akten.

Nero
der Tyrann von Rom. Herzerfrischende Posse

Weinbrand-
Verschnitt, 3/4 Liter 39.— M
Jamaica-Rum-
Verschn., vorz. 3/4 Lit. 49.— M
empf. in anerkannt gut. Qual.
L. O. Kaspar Nachfolger
L.-Plagwitz, Zschocherische Str. 30

Tapeten, Rolle 1.00 an
Borte, Meter 5 Pfg. an
100 Briefm. 1/1 25.—
Geschäftsumschl. 100 3 M
Wachstuchreste billig.
Tapeten-Körner
Elisenstraße 54, Ecke Körnerstr.
Kein Laden!

Geldlotterie für die **Künstlerhilfe**
Hauptvertrieb:
Invalidendank für Sachsen
Leipzig, Universitätsstr. 4.
Ziehung 14.-21. Nov. 1921
Höchstgewinn im günst. Falle:
100000 M
Prämie: 70 000
Hauptgewinne 30 000
15 000
10 000
5 000 usw.
kleinster Gewinn 10 Mk.
Lose, je 5 Mk. (Postgeld und Liste 1.40 Mk.) bei den
Staatslotterie-Einnahmen
und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Licht-U.T.-Spiele
Nur noch 2 Tage!
Grosses Doppel-Programm.
Der vielgelesene Courths-Mahler-Roman:
Was tat ich Dir?
Sittendrama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Courths-Mahler.
Außerdem der neueste Film der beliebten Violette Napierska
Die Kette der Schuld
Sitten- und Gesellschaftsdrama in 5 Akten.
Anfang 4 Uhr
Telef. 3187 — Hainstr. 19.
Tel. 3187 — Riebeckstraße
Im Herzen der Stadt

Titan
Hera
für Haus und Gewerbe.
Auf Wunsch Zahlungserl.
Viehweger & Carl
Riebeckstraße 1a
Spezial-Geschäft für Nähmaschinen und Fahrräder.

Pickel, Sommersprossen,
Hautunreinigkeiten usw. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung abgeschält durch **echte Vater-Philipp-Schälkur**, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorscheln, à 12 Mk. vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 142. Verkaufsstelle **Prehms Flora-Drogerie**, Petersstraße, und **Engel-Apotheke**, Markt.

Sofort läuse gesetzlich gelöscht, bei Mensch und Tier, für Wunden unschädlich. **Kampolda** vertilgt unter Garantie samt Brut und Nissen Kopf-, Kleider- und Filz- **Wanzen** **Sofort**
Verkauf nur Schletterstr. 12; Gohlis, Neuk. Hall. Str. 57; Auerwald, Lind., Josephstr. 17; A. Röhlig, Ranstische Gasse 3; Georg Irmscher, L.-Mockau, Mockauer Straße 22.

Fordern Sie „Cobu", Cokos-Pflanzen-Butter-MARGARINE
Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.
Vertretung u. Fabriklager: **Alfred Neubauer**
Leipzig, Gabelsbergerstrasse 1 — Telephon No. 5587.

Luna-Lichtspiele
L.-Eutr., Schlebestr.
Dienstag bis Donnerstag, 6 und 8 1/4 Uhr:
Eine Schreckensnacht in der Menagerie.
John Hagenbecks Sensations-Film mit Carl de Vogt.
Ferner:
Das Glück der Irren.
Sittendrama mit Marya Leiko.

Haut-, Geschlechts-
u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. Dr. med. Derl, nicht approbiert, Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Geschlechts-
u. Hautleiden, gift. Behandlung. Ferner innere u. äuß. Krankh., Frauenleid. 2c. behandelt mit Homöop. und Lichtheilverf. W. Schönitz, Kohlgartenstr. 20, 9-12, 3-7.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Für baldigen Antritt **mehrere tüchtige**
Steindruck-Maschinenmeister
für Postkarten gesucht
C. G. Röder, G. m. b. H., Gerichtsweg 5-7.

100 Tischler
60 Schiffszimmerleute
50 Kupferschmiede
50 Kesselschmiede
50 Nieter
20 Eisenstemmer
20 Schweisser u. Brenner
für sofort gesucht von den
Vulkanwerken in Hamburg.
Reisevergütung 3. Klasse und 20 Mk. Zehrgeld. Unterkunft in Hamburg wird von der Firma nachgewiesen.
Schriftliche Angebote unter Angabe des Alters erbeten an die **Vulkanwerke in Hamburg 9.**

Tüchtige Wildwaren-Zurichter und Maschinen-Arbeiter (Falzer)
per sofort gesucht
Rödiger & Quarch, G. m. b. H. Möckern Reuningstr. 4-8.

Erfahr. Aluminiumformer stellt sofort ein Riedel & Schraepler, Stötteritz, Ferd.-Jost-Str. 23

Zurichter-Gehilfen
für Bank und Maschine stellt ein Rauchwaren-Zurichterei Schatz, Gohlis, Planitzstr. 31.

Austrägerinnen
für unsere beliebte Frauenzeitschrift sofort gesucht
Grimmaischer Steinweg 20, I.

Handlungs-Gehilfinnen
zum sofortigen Antritt ges. Bewerb. m. flotte Handschrift schreiben können u. Mitglied des Arbeiter-Turn- u. Sport-Bundes sein.
Schriftliche Bewerbungen bitte persönlich einzureichen Arbeiter-Turnverlag A.-G. Fichtestraße 36.

15—16jähr. kinderl. Mädchen, welches zu Hause schlaf. kann, ges. Li., Lützner Str. 198, pt.

Frauen und Mädchen
zum Zeitungsaustragen sofort gesucht. Monatlich 200 bis 300 M Z. meld. Johannisgasse 8, part. (Portier).

Ztg.-Arbeiterinnen sofort gesucht Weißenfelser Str. 10.

Dienstmädchen gesucht, fleißig, ehrlich, bei hohem Lohn für 15. 11. Speisehaus Zschocherische Straße 71.

15jähr. Mädchen als Aufwartung f. nachmittags gesucht. Gottschedstraße 6, I. r.

Verkäufe

Elektrische Werkstatt mit Material und Werkzeug zu verkaufen. Zu erfragen Bismarckstr. 16, Gtgeb. II. l.

Habe
neu und getragen
Anzüge
à 180.— Mark
Hosen
auffallend billig
Ulster
150.— Mark
nur aus prima Stoffen
Gummimäntel
Joppen.....
Schuhe usw.
Kanner
Eisenbahnstraße 5.
Habe keine Filialen.

2 Kleider für 14 u. 15j. Mädch. zu verk. Fregestr. 27, IV. rechts.

Ausschneiden!
Anzüge
Paletots, Schlüpfer Cutaway, Gehrock spottbillig, bar und Teilzahlung!
Martin Hahn
Johannisplatz 8
(hinter d. Kirche) und Demmeringstr. 72, II. l.
u. Lange Str. 10, I.

Spottbillig!
Getragene und neue
Ulster Schlüpfer Anzüge
Militär-gestreifte schwarze Arbeiter-**Hosen**
nur prima Qualitäten u. a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen
Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.

Solid und billigst kauft man neue
Joppen
von und zur Arbeit à 125 M, guterhaltene Winter-Ueberzieher Ueberknöpfer
L.-R., Frommannstr. 12, Lad.
L.-Lind., Henricistr. 4, Lad.

L.-Lindenau
Henricistraße 4
ist der billige Laden für getragene u. neue Herren-Bekleidung
Winter-Überzieher, Gr. 1.68, Milit.-Schnürschuhe, Gr. 27, nur an Priv. pt. von 12-2 u. 6-8 Neuß. Hallische Str. 76, I. lks.

WO
kauft man am reellsten und billigsten?
Zur billigen Kleiderbörse
Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge v. 150 (Friedensw.)
von Herrschaften abgelegt einzelne Jacketts und Hosen, Winterüberzieher, Schlüpfer Joppen, Wäsche, Kleider, Blusen spottbillig.

8 Mädchen-Mäntel, guterhlt. für 8—12jähr. zu verkaufen Marianenstraße 4, II. rechts.

Crêpe de Chine- und andere Blusen
noch zu alten Preisen
Etagengesch. Elsa Schulz
Markgraf. Str. 8, III. Kartenstl.

Schürzen, Unterröcke
zu billigsten Preisen
Neust., Thümmelstr. 15, pt.

Herr.-Hemd., Wisch- u. Handtücher, gestr. Hose für schl. Fig. pt. sehr bill. Steinfeld, Jablonowskistr. 3, III. Ecke Brüderst.

Kopfschmerz!
Lassen Sie Ihre Augen kostenlos untersuchen!
Brillen-Krüger
Leipzig
Barfußgasse 15.

Kidschrk. 125, kpl. Gl.-Auf. 150 Steg. tisch 150, Wäschespr. 150, Bettst. m. M., w. 7tl. Küche u. a. bill. Li., Cranachstr. 1a, pt. r.

Schrank, Vertiko, Küche pt. Li., Gutsmuthsstr. 10, I. l.

Vertiko, D.-Jackt, Ueberzieh. pt. Li. Leutzscher Str. 12, II lks.

Billiges Angebot!
Moderne Bettstellen m. Aufsg., Stahlmatrat. u. Auflag. jed. Gr., Chaiseleg. 300 M, guterhlt. Betten m. M. 250 M Brüderstr. 10, I. lks.

4 guterh. Bettst. m. M. 1 breite Bettst. m. Matr., gebr. Chaiselongue bill. Zeitner Str. 38, II. l.

Holzbettstelle m. Stahlm. u. Roßhaarauf. f. 220 Mk. s. pt. Dost. Go., Treitschkestr. 36, III.

Grammoph. m. Pl. pt. Miersch, Lind., Demmeringstr. 80, II. r.

Nähm., a. Teilz., beste Marke. Schleif. Li., Siemeringstr. 8.

Strickmaschine verk. Merseburger Str. 11, H. III. v. 5 U. an.

Hängelampe m. Petr.-Glühlicht, Gaskocher billig zu verk. Lindenau, Radiusstr. 17, I. lks.

Gas- und elektrische **Kronen**
sollen im Ausstellungslokal weiter bill. abgegeb. werd.
Reichsstraße 15.

Klappwag. m. Verd. 180 M pt. k. Lind., Demmeringstr. 80, II. r.

Fellschaukpf., Eisenb., Küche, Kaufl. Demmeringstr. 80, II r.

Rosen hochst. Beer.-Obst Hardenbergstr. 5.

Tauben u. Hühner, Geflügel und Vogelfutter verkauft Rabet 52, Hof.

Kaufgesuche

Kaufe Herren-Garderobe, Militär-Sachen Gehrock-Anzüge, Betten, Bett- u. Leibw., Leihhausch., Militär-Stiefel und Schuhe. **Klint**, Ranstische Gasse 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg.

Gehrock-Anzüge und alle Herrengarderobe kauft stets Johannisplatz 8 (h. d. Kirche) u. Demmeringstr. 72, II. l.

Alt. Gold u. alt. Silber
Platin, Uhren, Ketten, Ringe kauft **Max Israel**, Uhrm., Promenadenstr. 5, Lad.

Taschen-Uhren kauft **Uhrmacher Urban**
Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 26.

Kaufe Möbel, Sofas, Matr., auch defekt Brüderstr. 10, I. lks.

Alt. Klavier kauft, Pr.-Off. an Ricktisch. Gohlis, Gothaer Straße 10.

Piano gegen Kasse gesucht. Sophienstr. 31, I. Tel 10278

Abgespielte, zerbrochene
Schallplatten
kauft stets zu höchsten Preisen
Musikhaus Merkur
Petersstraße 17, Hof.

Fahrräder, auch defekt u. ohne Gum. u. Kinderwagen aller Art kauft ständig Kwank. Gabelsbergerstr. 19. Tel. 9393

Kinderwag. u. Puppenwag. kauft Scotti, Sidonienstr. 28, I.

Kupfer, Messing, Blei, Zink,
Staniol, Eisen, Zeitungen, Bücher, Mosch., Lumpen, Felle, Säcke kaufen dauernd
Nadelreich & Kranz,
Schletterstr. 22 — Tel. 1354.

Felle kauft **Rosenzweig**
Hallische Straße 12.

Schafwolle
gew. u. ungew., kauft
Vogels Einkauf-Zentrale
Jakobstraße 6.

Felle aller Art kauft Berge, Brühl 8, H. Li., Angerstr. 51, II.

Achtung!
Marder, Iltisse, Füchse, Otter, Wiesel, Hasen, Katzen, Rehe, Hirsche, Kanin u. alle anderen Sorten Felle kauft
J. Zimmer, Leipzig, Berliner Straße 30.

Ziegen-, Kanin-Hasen-Felle kauft
Vogels Einkauf-Zentrale
Jakobstraße 6.

Felle.
Lassen Sie sich nicht durch Zahlen irreführen. Sämtliche Rohfelle kaufen ständig zu Tagespreisen
J. & G. Feldmann
Felle en gros
Reichsstraße 19. Tel. 6507.

Kanin-Felle
kauft **M. Ritzschke,**
Reichsstr. 30/32, Tel. 8115

Vermischte Anzeigen

Teur. Andenk. Freitag, geg. 5 U. abds. Spittastr., Uhlandstr. 3. Strßbahn. 17 Haupthf. gold. Armbanduhr verl. G. Belohn. zugesichert. Spittastr. 28, I. l.

Verloren!
Gold. Armband i. Markkleeberg od. Elektr. Nr. 12 u. 5 bis Querstr., am 5. Nov. Gegen 50 M Belohn. abzugeb. Mühle Markkleeberg, b. Weinschenk.

Wagenleder verloren. Geg. Bel. abzgb. Jahns, Südstr. 55.

Wohnungen

Schlafstelle z. verm. Schönef., Emil-Schubert-Str. 21, pt. r.

Suche sof. möbl. Zimmer od. Schlafst. i. Lindenau. Angeb. u. L. 56 Fil. Odermannstr. 1.

Bademstr. i. sof. einf. mbl. Zim. m. Ofen Plagw. od. Lind. Off. B. 77, Brühl 54, Gebr. Felber.

Tausche 3 Stub., 3 Kamm., 1 K. geg. 2 Wohn. Moltkest. 46, IV. l.

Telephonisch
können Inserate nicht angenommen werden.
Expedition d. Leips. Volkszeitg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19211108/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG